

Politische Berichte



Politische Berichte
Zeitung für sozialistische Politik
Erscheint vierzehntägig. Einzelpreis 2 DM, Jahresabo 78 DM
ermäßigtes Abo 52 DM, Förderabo 130 DM

Redaktionsadresse
Postfach 260 226, 50150 Köln
Hausadresse: GNN-Verlag,
Zülpicher Straße 7, 50674 Köln,
Telefon 02 21 / 21 16 58 Fax: 02 21 / 21 53 73

Nummer 25 / 17. Jahrgang

12. Dezember 1996

G 7756 D Preis 2,00 DM

100% Lohnfortzahlung in der Metallindustrie

In Niedersachsen setzten sich Klein- und Mittelbetriebe gegen die Konzerne durch

Bei Redaktionsschluß zeichnete sich ab, daß der Provokationskurs von Gesamtmetall und Bundesregierung in der Lohnfortzahlung in einer krachenden Niederlage für Gesamtmetall gemündet ist. Hier ein Bericht über den Abschluß in Niedersachsen.

Nachdem auch in NRW die Metall-Tarifverhandlungen aufgrund der Intervention von Gesamtmetall gescheitert waren, vermeldete „direkt“ (Info-Dienst der IG Metall) am 27.11.96: „Die IG Metall sieht die Chance für eine Lösung innerhalb der Friedenspflicht vor.“ Diese Meldung sorgte innerhalb der Bezirksleitung Hannover für Empörung, hatte sie doch für Freitag, den 29.11.96 noch einen Verhandlungstermin mit dem Verband der Metallindustriellen Niedersachsens vereinbart. Der Termin wurde dennoch wahrgenommen und führte auch zu Verhandlungsfortschritten: Samstagnachmittag wurden die Tarifkommissionsmitglieder telefonisch zu einer Sitzung am Montag eingeladen, da es ein Verhandlungsergebnis gäbe. Sonntagabend aber ging der VdM aufgrund internen Widerstandes (der Konzernvertreter) von der Fahne, bot jedoch für den 4.12. noch einen Verhandlungstermin an, der letztlich dann auch zum Durchbruch führte.

Am 5.12. wurde nach 14stündiger Verhandlung auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz das Verhandlungsergebnis vorgestellt. Dem Vernehmen nach war es bei den Metall-Arbeitgebern bereits in der Verhandlungsnacht sehr umstritten. Ihre Hintergrundkommission stimmte dem Verhandlungsergebnis mit 8:5 Stimmen zu (anwesende Gesamtmetallvertreter durften nicht mitstimmen – vermutlich wäre andernfalls dieser Kompromiß nicht zustande gekommen). Die Tarifkommission stimmte dem Verhandlungsergebnis am 5.12. einstimmig zu. Auf der gleichen Tags stattfinden Mitgliederversammlung des Verbandes der Metallindustriellen ging es nach Aussage von Teilnehmern erheblich strittiger zu: Konzernvertreter polemisierten heftig gegen den Abschluß. Durchgesetzt haben sich die Klein- und Mittelbetriebe, die durch die entfallenden Durchschnittsberechnungen (Urlaub, Krankheit, Sondervergütungen) ein gewisses Einsparpotential sehen, Einsparungen, die bei vielen Konzernen bereits durch Einführung von Jahresarbeitszeitkonten getätigt wurden.

Gesamtmetall hat sich auf der am 8.12. durchgeführten Vorstandssitzung zähneknirschend zur Anerkennung der geschaffenen Fakten, hinter die man nicht mehr zurück könne, bekannt.

Das Ergebnis:

- Für die Monate Januar, Februar und März erhalten alle Beschäftigten einen Pauschalbetrag in Höhe von 200,- DM, die Azubis 60,- DM;
- Vom 1. April 1997 bis 1. April 1998 1,5 % Lohn- und Gehaltserhöhung, vom 1. April 1998 bis 31. Dezember 1998 2,5 %;
- Künftig keine Durchschnittsberechnungen bei Urlaub, Krankheit, Sondervergütungen;
- Volle Lohnfortzahlung auf der Basis des regelmäßigen monatlichen Entgeltes vom ersten Tag der Arbeitsunfähigkeit (gegen drohende Einführung von Karenztagen);
- Kein Abzug von Urlaub bei mehr als sechs Monate während der Arbeitsunfähigkeit („Krankheit frißt Urlaub“ ist damit abgeschafft);
- Inkraftsetzung der gekündigten Urlaubsbestimmungen;
- Kürzung der Sondervergütung um 5 % in jeder Stufe (nach Betriebszugehörigkeit: 25 %, 35 %, 45 %, 55 %);
- Beschäftigte, die wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit, wegen Erreichens der Altersgrenze ausscheiden, erhalten künftig keine oder nur anteilige Sondervergütung;
- Gesundheitsförderung: „Zur Förderung des betrieblichen Gesundheitsstandes können durch freiwillige Betriebsvereinbarungen individuell und/oder kollektiv Bonuszahlungen vereinbart werden...“ (§ 6, TV über Sonderzahlungen) in Höhe von 10 % der 55 %igen Sondervergütung;
- Dauerkrankte erhalten künftig bereits nach einem Jahr Betriebszugehörigkeit (bisher fünf, bzw. zehn) einen Zuschuß zum Krankengeld für die Dauer von drei Monaten (bisher ein, bzw. zwei Monate), so daß sie netto drei Monate lang keine Lohnneinbußen haben werden. (gow)



Mit zahlreichen Streiks haben auch die Beschäftigten in der Süßwarenindustrie die Versuche der Kapitalisten, ihre Lohnfortzahlung auf 80% zu kürzen, beantwortet – mit unterschiedlichem Erfolg. Zwar gelang es der NGG in vielen Fällen, Firmenverträge abzuschließen, aber der Flächentarif ist in diesem Punkt vorerst nicht mehr in Kraft – und für Saisonkräfte bleibt die Kürzung der Lohnfortzahlung zum Teil weiter in Kraft. (ausführlicher Bericht auf Seite 11).

„Skandal und Vertrauensverlust ohne Beispiel“

Kritische Polizistinnen und Polizisten zum „Fall Mauss“

Bernward Boden, einer der Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Kritischer Polizistinnen und Polizisten (Hamburger Signal) e.V., erklärte am 5. Dezember zum „Fall Mauss“:

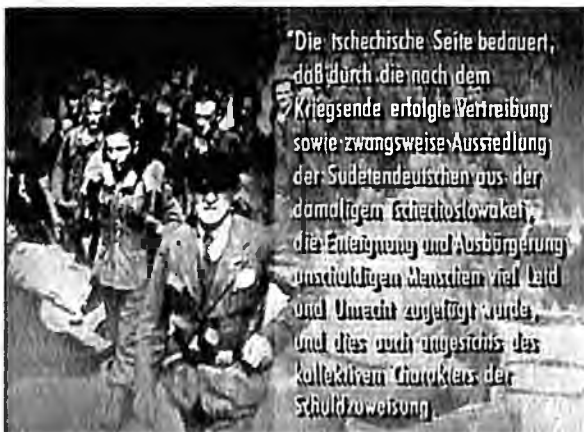
Es ist ein Skandal und Vertrauensverlust ohne Beispiel, daß Geheimagent Schmidbauer mit Busenfreund Mauss sich über die Verfassungsregeln hinweggesetzt haben und dies auch noch moralisierend öffentlich verkaufen. Daß niemand auf die Idee gekommen ist, Bundeskanzler Kohl für diese Politik in die Pflicht zu nehmen, in dessen Kanzleramt immerhin Schmidbauer sitzt, macht nachdenklich.

In diesem Zusammenhang erinnere ich an die Leichen, die in den letzten Jahren auf deutschen und internationalen Straßen lagen, an denen jeweils der Geruch geheimdienstlicher Beteiligung

zwischen BKA und Kanzleramt, zwischen Sonderkommandos und Mauss und zwischen wirtschaftlichen Interessen und der Bundesregierung haften.

Daß dabei auch Polizeibeamte für Idioten gehalten werden oder sogar starben (Celler Loch, Weiterstadt, Bad Kleinen und andere) und z.T. liberale Wirtschaftsmanager ermordet wurden, deren Aufenthalt eigentlich nur Sicherheitsdiensten bekannt sein konnten, läßt auch bei mir die wörtliche Galle hochkommen. Nicht zu vergessen: Kritische Polizisten unterliegen z.T. der Beobachtung durch den Verfassungsschutz, wurden ausgegrenzt wegen angeblicher Dienstverweigerung oder nur wegen ihrer Meinung zu diesem oder anderen Formen von Machtmißbrauch. Und in den Medien werden wir immer seltener vernommen. Wer arbeitet da mit wem zusammen?

Die Revanche geht weiter. Zum „Deutsch-tschechischen Vertrag“ Bericht auf S. 2



„Die tschechische Seite bedauert, daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung.“



AKTUELL IN BONN

Die Ehre der Soldaten

Am 12. Dezember wollen die Regierungsparteien in Bonn den besonderen „Ehrenschutz“ für deutsche Soldaten im Strafgesetzbuch verankern. Einen Tag später folgt dann die praktische Anwendung: Dann nämlich soll die Mehrheit des Bundestages über den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr beschließen. „Ehrenschutz“ und militärische Auslandseinsätze – deutlicher kann die Regierungskoalition eigentlich nicht dokumentieren, worum es bei dem „Ehrenschutz“ in Wirklichkeit geht: Um den Schutz von deutschen Militärs vor schroffer Kritik an ihrem womöglich tödlichen Treiben im In- und vor allem im Ausland. Der neue Paragraph 109b des Strafgesetzbuches, den die Regierungsparteien verabschieden wollen, bedroht dann die „Herabwürdigung der Bundeswehr und ihrer Soldaten“ mit bis zu 3 Jahren Gefängnis. Und was deutsche Richter so alles als „Herabwürdigung“ von Staatsorganen be- und verurteilen, davon gibt es in der Geschichte dieses Landes viele und schlimme Beispiele.

Jortzig pro Junker, contra Bodenreform

Bundesjustizminister Schmidt-Jortzig will das frühere DDR-Bodenreformland an Junker, Kriegsverbrecher u.ä. erleichtert zurückgeben. In einem Zeitungsartikel forderte der Minister, für Bodenreformland dürfe „kein Sonderrecht“ gelten. Der „Einigungsvertrag“ müsse in dem Punkt geändert bzw. aufgehoben werden, um auch für Bodenreformland „die Rückgabe nach dem Vermögensgesetz zu ermöglichen“ (Handelsblatt, 3.12.96). Der brandenburger SPD-Agrarminister Zimmermann protestierte sofort: „Es gab einen Alliierten Kontrollratsbeschluss, der so konsequent nur in der Sowjetischen Besatzungszone umgesetzt wurde. Das betraf ausschließlich das Eigentum von Naziverbrechern und denjenigen, die den Zweiten Weltkrieg mit unterstützt haben. Das darf man nie vergessen“, stellte er öffentlich klar, für welches Gesindel sich der Bundesjustizminister hier verwenden will, und ergänzte: „Wir haben hier im Land Brandenburg die größten Flächenkäufe von den Enkeln ehemaliger Junker und Großgrundbesitzer ... Man darf mit Recht daran erinnern, daß Preußen mal ein Junker-Staat war und daß die Erben jetzt hier wieder antreten.“ (Junge Welt, 4.12.96) (siehe auch Seite 10!)

Mit einem „Kryptogesetz“ zur Briefzensur?

Bis Sommer 1997 will die Bundesregierung ein neues Informations- und Kommunikationsdienstesgesetz durch den Bundestag bringen. Das hat der Staatssekretär im Justizministerium Heinz Lanfermann (FDP) angekündigt. Der Inhalt des neuen Gesetzes ist noch weitgehend offen, der Staatssekretär erweckt erst einmal den Eindruck, auch für Internet und ähnliche Netze gelte der Grundsatz der Meinungs- und Pressefreiheit. Das drängt sich prompt die Frage auf: Und wie ist es mit elektronischen Briefen? Gibt es hier künftig staatliche Briefzensur auf neue Art? Aus der CDU gibt es schon entsprechende Forderungen. So verlangt der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU, Erwin Marschewski, ein ergänzendes „Kryptogesetz“, das den Einsatz von Verschlüsselungstechniken („PGP“ u.ä.) gesetzlich einschränken soll. Das macht nur Sinn, wenn hier

eine breitflächige Briefzensur in den neuen Medien eingeführt werden soll. Im Innenministerium soll bereits eine „task force Kryptopolitik“ Gesetzänderungen überlegen und vorbereiten.

Die Mieten sollen schneller steigen

Eine „Reform des Mietrechts“, die im Ergebnis zu schnelleren Mietsteigerungen führen soll, bereiten die Regierungsparteien vor. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe, an der also auch die SPD-Länder beteiligt waren, hat bereits vereinbart: es sollen sog. „qualifizierte Mietspiegel“ eingeführt werden, die Möglichkeiten für Vermieter, während laufender Verträge „mit Zustimmung des Mieters“ die Miete zu erhöhen, sollen erweitert werden. Zeitmietverträge sollen höchstens noch für 5 Jahre abgeschlossen werden können, alle Bruttomietverträge sollen per Gesetz auf Nettomietverträge umgestellt werden, so daß die Vermieter leichter steigende Betriebskosten auf die Mieter umlegen können.

AFG-Novelle gestoppt

Am 29.11. hat der Bundesrat die von den Regierungsparteien im Bundestag verabschiedete Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes abgelehnt und an den Vermittlungsausschuß verwiesen. Dabei begründeten die Länder ihre Ablehnung unterschiedlich: Während die CDU/CSU-regierten Länder in Einzelpunkten Änderungen wünschen, forderten die SPD- und rot-grün-regierten Länder eine „grundlegende Überarbeitung des gesamten Gesetzes“ und lehnten besonders die Kürzungen der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in Ostdeutschland ab.

Grüne bedenkenlos gegen Stasi

Jeden Halt verloren haben anscheinend Teile der Grünen und leider auch ihrer Bundestagsfraktion bei ihrer Wut über die DDR-Staatssicherheit. Eine Änderung des Stasi-Unterlagengesetzes, die am 5. Dezember im Vermittlungsausschuß beraten wurde, sollte u.a. einen Stichtag einführen. Danach soll eine Mitarbeit bei der DDR-Staatssicherheit, soweit sie vor dem 31.12.1975 endete, heute nicht mehr angegeben werden müssen. Für Kerstin Müller, Fraktionschefin der Grünen, ist das ein „gravierender Einschnitt“ und eine „schleichende Teilamnestie“. Jürgen Fuchs, Mitglied im „Bürger-Büro“ von Bärbel Bohley, kritisierte diesen Stichtag als Ausdruck „falscher Milde“. Im bundesdeutschen und internationalen Recht sind nach 20 Jahren zum Teil sogar schwere Strafen verjährt, selbst längere Gefängnisstrafen müssen – zum Glück! – nach so langer Zeit nicht mehr angegeben werden.

Was kommt demnächst?

Am 12.12. berät der Bundestag u.a. über „Europapolitik“, im Vorgriff auf den nächsten EU-Gipfel, über Umweltpolitik, darunter Gen- und Biotechnologie, und über den Regierungsentwurf zum „Ehrenschutz für Soldaten“. Am 13.12. fällt die Entscheidung des Bundestages über die deutsche Beteiligung am neuen NATO-Einsatz in Bosnien. Ebenfalls am 13. Dezember berät der Bundesrat u.a. über die neuen Seehofer-Gesetze für die Krankenversicherung. Am gleichen Tag beginnt in Dublin der zweitägige EU-Gipfel.

Deutsch-Tschechische Erklärung wird bekannt**Keine Aussagen zum „Münchener Vertrag“ von 1938, die deutschen Revanche-Ansprüche bleiben bestehen**

Die „gemeinsame Erklärung“, über die seit Jahren zwischen der Regierung der Tschechischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland geheim verhandelt wurde, ist jetzt öffentlich. Die schlimmsten Befürchtungen, die in unserer Zeitung geäußert worden waren, werden noch übertroffen.

Überraschend wird die Aufnahme des Nachbarlandes nicht nur in die EU, sondern ausdrücklich auch in die NATO als gemeinsames Interesse der beiden Staaten festgeschrieben. Die tschechische Regierung hätte damit in der NATO-Frage, die innenpolitisch ungeklärt ist, sich des Rückhalts einer auswärtigen Macht versichert; es soll zugegeben werden, daß dies geschehen sein mag, um im NATO-Bündnis Bestandsgarantie angesichts der Ansprüche und der Übermacht des westlichen und inzwischen auch nördlichen Nachbarn zu finden. Jedoch wird damit in einer Frage, die die Souveränität des Nachbarlandes betrifft und innenpolitisch konfliktgeladen ist, die deutsche Karte gezogen. In dieser Struktur kann deutsche Politik in der Tschechischen Republik Gefolgsleute sammeln – eine schreckliche Vorstellung.

Außerdem gibt die deutsche Seite in Sachen Münchener Vertrag und Zerstückelung der damaligen Tschechoslowakei nichts zu. Der Münchener Vertrag wird nicht qualifiziert. Zwar bedauert die deutsche Seite die nationalsozialistischen Verbrechen, aber daß der Münchener Vertrag mit Absicht auf genau diese Verbrechen von Hitler betrieben wurde und mithin ein selbst verbrecherischer Schritt war, kann aus dem Text nicht geschlossen werden. Warum ist das wichtig? Weil die BRD sich damit offen hält, derartige Verträge herbeizuführen, in die Souveränität von nahen und fern Nachbarn bis hin zur Annexion einzugreifen, wenn dort eine zahlen-

mäßig bedeutsame deutschsprachige Siedlung besteht.

Wenn schon nicht das Münchener Abkommen, was dann wird in dem Text als „Unrecht“ gebrandmarkt? Von deutscher Seite die NS-Verbrechen. Was die tschechische Seite sagt, muß zitiert werden: „... bedauert, daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei, die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung.“

Die tschechische Seite könnte meinen, daß sie hier humanerweise zugibt, daß im Zuge einer traurigen aber notwendigen und gesetzlich rechtmäßigen politischen Maßnahme einzelnen Menschen Unrecht widerfahren sei. Aber man kann den Text auch so lesen, daß die angesprochen politischen Maßnahmen selbst Unrecht gewesen wären. Für diese Auffassung des Textes spricht, daß beide Seiten erklären, ihrer Rechtsordnung verpflichtet zu bleiben und zu respektieren, daß die andere Seite eine andere Rechtsauffassung hat.

Nach dieser Feststellung ist auch klar, wieso die Erklärung keinen inhaltlichen Titel hat. Die beiden Seiten sind nämlich gar nicht zu einer gemeinsamen Maxime für die Gestaltung ihrer Nachbarschaft gekommen. Hier wird ein Unterschied festgestellt, der – Respekt hin oder her – den politischen Konflikt zu Gunsten der BRD vorformt; spätestens sobald sich ein Beitritt der Tschechischen Republik zur EU oder der Nato abzeichnet, kommt es zum Krach.

Wie es im Tschechischen anmutet, weiß man nicht, im Deutschen hat man, redensartlich festehend, Respekt – für einen Gegner oder Feind. Diese Erklärung bedeutet von der deutschen Seite einen Eröffnungszug. (maf)

Deutsche Polizeiaktionen gegen angebliche „PKK-Unterstützer“**In Mainz u.a. Bücher über Che Guevara und von Bertolt Brecht beschlagnahmt, 1 Kurde abgeschoben**

Nach der Innenministerkonferenz Ende November scheinen die Angriffe auf kurdische Vereine zuzunehmen. Hier ein Protest des kurdischen Dachverbands YEK-KOM:

Deutsche Behörden machen mehr denn je „Jagd“ auf angebliche „Unterstützer der PKK“. Am gestrigen Mittwoch wurden (neben weiteren Durchsuchungen) vor allem Mainz und Umgebung das Ziel deutscher Polizeiaktionen; dabei wurde neben Privatwohnungen (26 insgesamt, 14 davon in Rheinland-Pfalz, siehe Anlage) auch der Deutsch-Kurdische Freundschaftsverein durchsucht. In der vergangenen Woche waren der kurdische Verein in Bielefeld und seine Besucher das Ziel ähnlicher Übergriffe. Es vergeht kaum eine Woche ohne neue Angriffe auf kurdische Vereine und Privatwohnungen ...

Daß bei der neuerlichen Aktion in Mainz ein kurdisches Mitglied des Mainzer Ausländerbeirates zu den Betroffenen gehörte, wurde vom Mainzer Flüchtlingsrat hervorgehoben. Dabei

wurden in der Wohnung der Freundin des Kurden u.a. Bücher über Che Guevara und von Bertolt Brecht beschlagnahmt. Verbotenes Propagandamaterial!

Am schlimmsten endete die Polizeiaktion für einen Kurden, der nur zufällig zu ihrem Opfer wurde: Ein Mann, der zur Abschiebung ausgeschrieben war, wurde bei der Personenüberprüfung zufällig entdeckt, verhaftet und – obwohl er eine Duldung bis zu seiner bevorstehenden Heirat beantragen wollte – sofort mit dem nächsten Flugzeug in die Türkei abgeschoben. Kontakt zu einem Anwalt aufzunehmen, gestattete man ihm nicht. Ob dieser Mann in der Türkei verhaftet oder gefoltert wird, ob er irgendwann „verschwindet“, wird in Deutschland kaum bekannt werden. (...) Wann endlich wird der deutsche Staat damit aufhören, Opfer zu Tätern zu machen und kurdische Menschen zu verfolgen, die mit dem aus völkerrechtlicher Sicht legitimen kurdischen Befreiungskampf in ihrer Heimat sympathisieren? (...)

(YEK-KOM, Bochum, den 4.12.1996)



Bonn, 3.12.: Über 20.000 Menschen protestieren gegen Seehofers geplante neuerliche „Gesundheitsreformen“. Auch in anderen Städten gab es in den letzten Tagen wieder größere Protestaktionen von Kassen, Beschäftigten, Ärzten und Patienten gegen die Pläne des CSU-Ministers. Der Minister versucht jetzt, den Widerstand gegen seine Politik zu spalten, um so insbesondere die Interessen der Pharmaindustrie weiter zu schützen.

„... hat der Kranke keine Chance“

DGB, Sozialverbände, Krankenkassen und andere gegen Seehofer

Am 3.12. haben in Bonn Gewerkschaften, Krankenkassen, Selbsthilfegruppen und Wohlfahrtsverbände einen gemeinsamen Protest gegen die von CSU-Minister Seehofer betriebene Gesundheitsreform vorgetragen. Hier die Erklärung im Wortlaut:

Die geplanten Maßnahmen zu den Krankenversicherungs-Neuordnungsgesetzen (NOGs) sind Teil der Gesamtstrategie zustimmungsfreier Gesetze der Regierungskoalition allein zur Begrenzung der Lohnnebenkosten, wider alle gesundheitspolitische Vernunft. Nachdem der Gesetzgeber der gesetzlichen Krankenversicherung in den vergangenen Jahren Finanzmittel in erheblichem Umfang entzogen und zugleich die gesetzliche Krankenversicherung mit weiteren Abgaben belastet hat, hält er sich nun schadlos an Versicherten, insbesondere an Kranken. Der eingeschlagene Weg zustimmungsfreier Gesetze führt in eine Sackgasse. Ein parteiübergreifender Konsens wäre notwendig, um eine zielführende Reform zu ermöglichen. Statt dessen führen die NOGs zur Entsolidarisierung und zur Belastung älterer, kranker, behinderter und sozial schwacher Menschen.

Die vorgesehenen Regelungen reformieren weder das Gesundheitswesen, noch bremsen sie dauerhaft die Ausgabenentwicklung. Die Vorschläge laufen in ihrer Gesamtheit auf eine Individualisierung des Krankheitsrisikos und eine Privatisierung der Kosten hinaus. Die Folge ist eine Zweiklassen-Medizin in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Die von der Regierungskoalition bewußt herbeigeführte Schieflage in der Lastenverteilung, die mit dem Sozialstaatsgebot und der Wertentscheidung des Grundgesetzes zum Benachteiligungsverbot für Behinderte nicht vereinbar ist, zwingt die genannten Verbände zur Ablehnung der Maßnahmen insgesamt.

Keine einseitige Belastung der Patienten durch umfassende Erhöhung und Anpassung von Zuzahlungen

Aus dem Beitragsentlastungsgesetz und den beiden Neuordnungsgesetzen ergeben sich erhebliche Mehrbelastungen insbesondere für chronisch kranke, ältere, behinderte und sozial schwache Menschen.

Unstreitig ist, daß mit einer Politik der Erhöhung der Zuzahlungen, des vermehrten Leistungsausschlusses und Leistungsabbaus keine Steuerungswirkung hin zu mehr Wirtschaftlichkeit und Verantwortlichkeit im Gesundheitswesen erreicht wird.

Die Einzelmaßnahmen kumulieren bei chronisch kranken und behinderten Menschen. Hierdurch entstehende unzumutbare Belastungen müssen dann wieder mit viel Verwaltungsaufwand über eine Härte-

fallklausel korrigiert werden. Diese greift jedoch nicht für Leistungen, die nach dem 2. NOG nicht mehr erbracht werden: Bei Inanspruchnahme dieser Leistungen wird der Kranke zum Selbstzahler oder Sozialhilfeempfänger. Dies ist strukturell falsch und ungerecht. Statt dessen sind die im System vorhandenen Wirtschaftlichkeitsreserven zu mobilisieren.

Keine Bestrafung der Patienten bei Beitragssatzsteigerung

Durch die automatische Erhöhung der Zuzahlungen bei Beitragssatzerhöhungen werden Kranke und Behinderte doppelt belastet. Sie zahlen einen erhöhten Beitrag und höhere Zuzahlungen. Kassen werden zu Risikoselektion gezwungen, wenn sie diesen Automatismus vermeiden wollen.

Kein Wettbewerb zu Lasten kranker und behinderter Menschen

Mit dem 1. und 2. NOG wird unter dem Motto „Vorfahrt für die Selbstverwaltung“ ein in seinen Auswirkungen für behinderte und chronisch kranke Menschen unüberschaubares und unkalkulierbares System geschaffen, das den Wettbewerb der Krankenkassen zur Farce macht.

Ein System, das eine Krankenkasse, die sich gesundheitspolitisch sinnvoll verhält, im Wettbewerb der Krankenkassen untereinander in den Ruin treibt oder zu Rationierung oder Risikoselektion zwingt, ist mit dem Grundsätzen eines solidarischen Krankenversicherungssystems nicht vereinbar.

Keine Aushöhlung des Pflichtleistungskatalogs

Heutige Pflichtleistungen werden in Kann-Leistungen umgewandelt. Jede einzelne Kasse kann dann per Satzung regeln, ob und inwieweit sie häusliche Krankenpflege, Fahrtkosten, Kuren und Rehabilitation, Heil- und bestimmte Hilfsmittel noch erbringt. Es gehörte bislang zum Grundkonsens, daß auch in einem wettbewerblich orientierten Gesundheitswesen ein einheitlicher Leistungskatalog zwingend ist.

Unter dem bestehenden Kostendruck und der den NOGs anhaftenden Automatik entsteht für die Krankenkassen geradezu ein Zwang, notwendige Leistungen herunterzufahren oder gar auszugrenzen, um Beitragsanhebungen zu vermeiden.

Gegen Leistungsausgrenzungen nützt auch die Neufassung der Härtefallregelung nicht. So ist z.B. die Frühförderung für behinderte Menschen besonders gefährdet.

Im Ergebnis führt die Aushöhlung des Pflichtleistungskatalogs dazu, daß Versicherte u.a. vermehrt teurere stationäre Krankenhausbehandlung oder Heimpflege in Anspruch nehmen müssen. Damit werden die Grundsätze „ambulant vor stationär“ sowie „Prävention und Rehabilitation vor Pflege“ auf den Kopf gestellt und neue „Verschiebeparkplätze“ eröffnet.

Keine höheren Kosten für Kranke durch Beitragserleichterungen bei Gesunden

Das Leistungsrecht der Krankenkassen wird durch die tariflichen Gestaltungselemente der Beitragsrückerstattung, der Kostenersatzung, der Selbstbehalte und der Erhöhung bestehender Zuzahlungen mit Elementen der privaten Krankenversicherung durchsetzt.

Wenn diese Tarife in größerem Umfang angenommen werden, kommt es zu Mindereinnahmen der Kasse. Entsprechend müssen Einnahmen erhöht oder Ausgaben gesenkt werden, indem bestehende Zuzahlungen und/oder Beiträge erhöht, Leistungen ausgegrenzt werden und/oder Risikoselektion betrieben wird.

Bei diesen Gestaltungselementen hat der Kranke keine Chance. Davon profitieren nur Gesunde.

Keine weitere Aufweichung des Sachleistungsprinzips

Alle Versicherten sollen Kostenersatzung wählen können. Die direkte Abrechnung zwischen Arzt, Krankenhaus usw. und dem Versicherten wird ermöglicht, beim Zahnersatz verpflichtend. In den übrigen Bereichen werden die Anbieter wegen der Möglichkeit der höheren Abrechnung darauf drängen. Versicherte bleiben dann auf dem Kosten- wie Qualitätsrisiko sitzen. Denn die Krankenkasse wird nur den vertraglich vereinbarten Preis erstatten und hat auf die Qualität der Leistungserbringung weniger Einfluß als heute.

Verbände der behinderten, chronisch kranken und älteren Menschen, der Selbsthilfegruppen, Wohlfahrtsverbände, Versichertenvertreter in der gesetzlichen Krankenversicherung, Gewerkschaften und weitere soziale Gruppen appellieren an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, an den Grundlagen und Prinzipien der solidarischen Krankenversicherung festzuhalten. Gesundheit darf auch zukünftig nicht zu einer Frage des Einkommens werden. Es muß vielmehr darum gehen, das hohe Niveau der medizinischen Versorgung zu ermöglichen. Lebensrisiken müssen solidarisch abgesichert werden.

Unterzeichner: AEv-Arbeiter-Ersatzkassen-Verband; Arbeiterwohlfahrt Bundesverband; Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände; AG unabhängiger Mitgliederorganisationen der Angestellten-Krankenkassen; Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte; Bundesverband für Rehabilitation und Interessenvertretung Behinderte; Bundesarbeitsgemeinschaft Hilfe für Behinderte; Deutsche Angestellten-Gewerkschaft; Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen; Deutsche Rheuma-Liga Bundesverband; Deutscher Gewerkschaftsbund; Evangelischer Fachverband für Kranken- und Sozialpflege; Fachtagung Medizin; Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Bundesverband; Kuratorium Deutsche Altershilfe; Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung; Paritätischer Wohlfahrtsverband; Sozialverband Reichsbund; Sozialverband VdK Deutschland; Verband der Angestellten-Krankenkassen sowie zwei weitere evangelische Verbände für Behinderte und die Versichertenvertreter im AOK-Bundesverband, im BKK- und IKK-Bundesverband, bei der Knappschaft und in der Seelkase.

Grüner Streit um Grundsicherung geht weiter

Schlechte Nachrichten von der BDK in Suhl

Der durch ein Papier der bündnisgrünen Sozialpolitikerin und Berliner Bundestagsabgeordneten Andrea Fischer in der grünen Partei ausgelöste Streit um das Grundsicherungskonzept der Partei (siehe den Beitrag von NRW-MdL Daniel Kreutz in Politische Berichte 23/96, Seite 3) ist auf der bündnisgrünen BDK nicht entschieden worden. Der grüne Bundesvorstand, Andrea Fischer und andere Mitglieder der Partei wollen anscheinend in dieser wichtigen Frage bis zu den nächsten Bundestagswahlen alles offen lassen. Daniel Kreutz, Barbara Steffens, Annelie Buntenbach, Marianne Hürten und andere Bündnisgrüne aus NRW, unterstützt von Frieder O. Wolff (Berlin), Klaus Müller (Kiel) und anderen hatten einen Antrag „G3“ eingebracht, in dem klare Eckpunkte für die grüne Forderung nach Grundsicherung verlangt wurden, nämlich daß:

– niemand, der heute sozialhilfebedürftig ist, durch die Grundsicherung finanziell schlechter gestellt wird. Vielmehr müssen sich für alle Hilfeberechtigten deutliche Verbesserungen gegenüber dem Niveau der derzeitigen Rechtsansprüche auf „Hilfe zum Lebensunterhalt“ ergeben.

– die Höhe des Grundsicherungsniveaus ausreicht, um ein menschenwürdiges Leben unter den aktuellen sozio-kulturellen Gegebenheiten zu gewährleisten. Es muß gegenüber Einwänden (zu niedrig bzw. zu hoch) sachlich begründbar sein.

– die Prüfung der Anspruchsberechtigung den entwürdigenden Charakter der sozialhilfeberechtigten Bedürftigkeitsprüfungen verliert und das Recht der Betroffenen auf eine selbstbestimmte Lebensführung und eigenverantwortliches Wirtschaften gesichert wird.

– die Kommunen von den Kosten der Armut nachhaltig entlastet werden.

Das von Andrea Fischer vorgelegte Konzept sieht demgegenüber eine „Grundsicherung“ vor, die z.T. unter dem geltenden Sozialhilfeniveau liegt und die Kommunen kaum entlastet.

Jürgen Trittin hatte einen Antrag „G1“ vorgelegt, der die oben zitierten Eckpunkte des Antrags „G3“ genau nicht enthielt – also faktisch die Positionen von Andrea Fischer bestätigte.

Die grüne BDK hielt sich ganze 25 Minuten mit diesem wichtigen Thema auf. Die Abstimmung ergab: 60 Stimmen für den Antrag des Bundesvorstands (G1), 40 Stimmen für den Antrag G3.

Damit besteht der grüne Konsens jetzt im wesentlichen lediglich noch darin, daß man die demütigende Sozialhilfe durch ein Grundsicherungsmodell ablösen will. Erheblicher Dissens aber besteht weiter darüber, wie hoch diese Grundsicherung sein soll – genauer: ob über oder unterhalb der derzeitigen Sozialhilfe – und ob die Kommunen durch das neue Modell zulasten des Bundes entlastet werden sollen oder nicht.

Jetzt soll eine Arbeitsgruppe sich um die „umsetzungsorientierte Weiterentwicklung“ des Grundsicherungsmodells der Grünen bemühen, die Bundestagsfraktion einen Grundsicherungskongreß durchführen und eine der nächsten bündnisgrünen BDKs in 1997 einen Beschluß über das grüne Grundsicherungsmodell fassen. Bis dahin ist alles offen. Grünes Eintreten für eine solidarische Grundsicherung, ade? (rül)

Politische Gegner und willfährige Presse – kaum real begangene strafrechtliche Handlungen – brachten dem PDS-Ehrenvorsitzenden Dr. Hans Modrow einen weiteren Prozeß ein. Diesmal wg. angeblichen Meineids.

Hans Modrow hatte sich als Zeuge vor dem Sächsischen Sonderausschuß des Landtages zur Untersuchung von Amts- und Machtmißbrauch nicht mehr exakt an Tage und Tagungen der Bezirkseinsatzleitung in den dramatischen und turbulenten Tagen des Oktober 1989 in Dresden erinnern können. Einige Mitglieder des Ausschusses, denen Berichte des MfS und der Polizei aus Archiven vorlagen, nach denen weisungsgemäß Sitzungen der BEL durchgeführt worden waren, nutzten ihr „Wissen“ gegen Modrow. Er hatte, als Bezirkssekretär der SED Chef der BEL, nur „politisch-operativen Beratungen“ – einschließlich Teilnehmern aus der Runde der BEL – durchgeführt.

Daraus wurde der Meineidsvorwurf konstruiert und der neuerliche Prozeß angestrengt. Sowohl die Ankläger, das ehemalige Mitglied des Landtages Sachsen Michael Arnold (Bündnis 90/Die Grünen), ein offener politischer Feind Modrows, und die Staatsanwaltschaft hatten erhebliche Mühe, die Anklage zustande zu bringen. Arnold behauptet, daß Modrow die Unwahrheit

Solidarität mit Hans Modrow!

Am 29.11. begann gegen den PDS-Ehrenvorsitzenden ein Prozeß vor dem Landgericht Dresden wegen angeblichen „Meineids“

vor dem Ausschuß gesagt haben soll, weil er die Verantwortung für die gewalttätigen Einsätze der staatlichen Organe vor dem Dresdner Hauptbahnhof verschleiern wolle.

Die Tatsachen sprechen, was Modrows Ambitionen in dieser Zeit betrifft, eine andere Sprache. Modrow hat – wie er selbst sagt und sich das auch in den ersten Tagen des Prozesses zeigt – in Dresden alles getan, um Gewalt zu verhindern. Das bestätigte vor Gericht auch ein Pfarrer, der in der Gruppe der 20 mitgearbeitet hatte und Modrows Aktivitäten in dieser Zeit beurteilen kann.

Warum nun dieser Prozeß? Modrow bezeichnet den Sonderausschuß heute als „verkapptes Sondergericht über SED- und DDR-Funktionäre“. Hatten Ausschußmitglieder Fakten zu Details vorliegen, die Modrow nicht mehr erinnern ließen, liegt die Vermutung nahe, daß man Modrow in eine Meineidsfalle lockte. Der Anwalt Modrows handelte deshalb konsequent, als die Zeugenbefragung des ehemaligen Vorsitzenden

des Ausschusses Dreikopf (CDU) vorgenommen wurde, diesen vereidigen zu lassen: Dreikopf gab nämlich zu, daß die besagten Dokumente nur einigen der Ausschußmitglieder (vielleicht denen, die gute Beziehungen zur Gauck-Behörde hatten) vorlagen und Fehler in der Vereidigung Modrows vor dem Ausschuß gemacht wurden. Die PDS-Fraktion im Landtag Sachsens hatte wegen Verfassungswidrigkeit sofort gegen die Bildung des Ausschusses gestimmt.

Der bisherige Verlauf des Prozesses erhärtet die Annahme, daß das Meineidsverfahren gestrickt wurde, um einen Politiker der PDS mundtot zu machen und ihn unter Umständen sogar hinter Gitter zu bringen. Herrn Kinkels Aufforderung an die deutsche Justiz, das „SED-Regime“ zu delegitimieren, scheint auch in dem Dresdner Prozeß erklärtes Ziel zu sein. Die bundesdeutsche Justiz folgt in allem dem konservativen Machtzentrum bei der Verhinderung einer deutsch-deutschen Versöhnung und der Anerkennung der historischen Abläufe.

Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky hat in einem Brief alle Mitglieder der PDS und alle, die diese Entwicklung ablehnen, aufgerufen, mit Hans Modrow Solidarität zu üben. Viele sind dem Aufruf gefolgt. Hans Modrow wurden eindrucksvolle Solidaritätsbekundungen aus dem In- und Ausland übermittelt. Basisorganisationen aus Ost und West, Einzelpersonlichkeiten und Vertreter von Parteien reagieren und drücken ihre Solidarität aus. Die Vereinigung Demokratischer Juristen mit Sitz in Paris protestiert, der *Morning Star*, London, fordert auf, Proteste an das Dresdner Landgericht zu übermitteln, linke und andere Parteien des Auslands wenden sich gegen Rachejustiz und Unterhörung des Rechtsstaates.

Solidarität mit Hans Modrow ist eine Forderung des Tages. (a.b.)

Anschrift des Gerichtes:

Landgericht Dresden, 3. Strafkammer, PF 120962, 01008 Dresden oder Hans Modrow, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin, Fax: 030-24 009 425.

Fakten zum Verlauf der Verfahren gegen Hans Modrow

22. April 1992: Vernehmung Hans Modrows als Zeuge vor dem Sonderausschuß des Sächsischen Landtages zu den Ereignissen Anfang Oktober 1989 in Dresden.

Modrow wird aufgefordert, Angaben zu den Sitzungen der „Bezirkseinsatzleitung“ (BEL) zu machen. (Die BEL diente der Koordinierung von Maßnahmen auf den Verteidigungszustand)

Modrow sagt u.a. laut Protokoll: „Ich habe ... in der Phase auch der Oktobertage einen engen Sinn Beratung der bezirklichen Einsatzleitung dann nicht mehr durchgeführt“.

23. April 1992: Dresdner Zeitungen bezichtigen Modrow sofort am nächsten Tage öffentlich des Meineids und berufen sich auf Unterlagen, die andere Angaben beinhalten sollen als Modrow vor dem Ausschuß gemacht hat.

19. Mai 1992: Das ehemalige Mitglied des Landtages und des Untersuchungsausschusses, Michael Arnold, erhebt Anklage wegen Meineids gegen Modrow.

1993: Erster Prozeß gegen Hans Modrow wegen „Anstiftung zur Wahlfälschung“, der mit einer Verwarnung und einer Geldstrafe endet.

1994: Erst nach 22 Monaten formulieren die Staatsanwälte Böhm und Uebele (bekannt aus den anderen Prozessen gegen Modrow) Anklage gegen Modrow wegen Meineids.

1994: Die 3. Strafkammer des Landgerichts Dresden lehnt die Eröffnung eines Verfahrens wegen Meineids als „nicht wahrscheinlich“ ab.

Beschwerde der Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht und Widerrufung der Ablehnung.

1994: Der Bundesgerichtshof revidiert das Urteil des Landgerichtes Dresden im „Wahlfälschungs“-Prozeß und fordert eine härtere Strafe.

1995: Beendigung des zweiten Prozesses gegen Modrow wegen „Anstiftung zur Wahlfälschung“.

Urteil: Neun Monate Haft auf zwei Jahre Bewährung und Geldbuße von 5.000 DM.

29. November 1996: Beginn des Prozesses vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Dresden wegen Meineids.

Aus der Erklärung Hans Modrows vor der 4. Strafkammer des Landgerichts Dresden, 29.11.96

Die Anklage der Staatsanwaltschaft und der Eröffnungsbeschuß des Oberlandesgerichts Dresden beschuldigen mich, als Zeuge im Sonderausschuß des Sächsischen Landtages am 22.4.1992 ... einen Meineid geleistet zu haben. Konkret werden mir zwei angebliche Falschaussagen vorgeworfen:

1. Die Aussage, daß nach meiner Erinnerung die letzte Sitzung der Bezirkseinsatzleitung (BEL) im September stattgefunden hätte, während tatsächlich solche Beratungen noch im Oktober und November 1989 erfolgt seien und

2. daß ich über meinen Aufenthalt in der Nacht vom 4. zum 5. Oktober falsch ausgesagt hätte, da ich – entgegen dieser Aussage – nicht nur in der Bezirkseinsatzleitung und in meiner Wohnung gewesen sei. Es ging also – wie offensichtlich ist – um Fragen, die ihre politische und juristische Bedeutung erst nachträglich durch die Meineidsanzeige und den folgenden Prozeß gewannen.

Ich erkläre dazu, daß ich mich keines Meineids schuldig gemacht habe. Was ich am 22.4.1992, also immerhin 2 ½ Jahre nach jenem Herbst, vor dem Sonderausschuß des Sächsischen Landtages aussagte, entsprach meiner Erinnerung, meinem Wissen zu diesem Zeitpunkt. Der Ausschuß – oder zumindest eins seiner Mitglieder – wußte jedoch in den beiden, hier ausschließlich interessierenden Punkten mehr als ich. Die Begebenheiten, nach denen ich gefragt wurde, waren den Ausschußmitgliedern im Gegensatz zu mir bekannt. Mir waren sie ... unwesentlich, zum Teil entfallen, zum anderen konnte ich auf Momente ... mangels Kenntnis der Unterlagen nicht eingehen ...

Die Monate vom Oktober 1989 bis März 1990 waren für mich eine Folge sich überstürzender dramatischer Ereignisse ... Und dazwischen gab es genügend Dramatik im Lande selbst,

die ständig Konsultationen mit verschiedenen Partnern und schnelle Entscheidungen erforderte: An erster Stelle standen immer wieder Fragen der Sicherung des friedlichen Verlaufs der Umbruchprozesse ... Ich sage dies, um zu kennzeichnen, welche Welten zwischen den Oktoberereignissen 1989 in Dresden und dem Tag meiner Vernehmung 1992 lagen.

Ich sage es auch, um zu verdeutlichen, daß ich der Ladung des sächsischen Sonderausschusses zur Zeugenvernehmung mit dem Gefühl Folge leistete, zur Aufklärung der Vergangenheit beitragen zu wollen, daß ich mir aber nicht vorstellen konnte, daß ... eine lückenlose Darstellung meiner Aufenthaltsorte ... und Aufzählung der Daten der Sitzungen der BEL im Jahre 1989 erforderlich sein würden ...

Warum sagten die Ausschußmitglieder, denen die Archivakten vorlagen oder die ihren Inhalt kannten, damals nichts? Sie hätten doch fragen können ... Ich habe nur eine Erklärung für dieses Verhalten: Den Herren, die die Akten vorliegen hatten, ging es nicht um die Wahrheit, ihnen ging es nur darum, Modrow in eine Meineidsfalle zu locken ... Ich sagte nämlich – wieder lt. Protokoll: „Ich habe in meiner Verantwortung hier in Dresden in der Phase auch der Oktobertage eine im engen Sinne Beratung der bezirklichen Einsatzleitung dann nicht mehr durchgeführt.“ ... Wäre dazu eine Frage gestellt worden, dann wäre die ... Frage, wann die letzte Sitzung der BEL stattgefunden hat, schon am 22.4.92 geklärt worden und diese Verfahren wäre dem Gericht, mir, allen Beteiligten und dem Landeshaushalt und den Steuerzahlern erspart geblieben ...

Trotzdem will das Oberlandesgericht diesen Prozeß ... Es hat dabei übersehen, daß ich von Beratungen der BEL in „engem Sinn“ gesprochen habe. Dieser „enge Sinn“ bezog sich auf die Einhaltung der Formalitäten, die für die Durchführung von Beratungen der BEL zwingend vorgeschrieben waren ... Niemand kann Beratungen, die ich mit verschiedenen Offizieren der Volkspolizei, des MfS, der NVA ... durchgeführt habe, als Beratungen der BEL de-

klarieren. Meine Aussage ist insofern richtig ...

Das Bundesverfassungsgericht setzt für Beitrittsbürgerinnen und -bürger der DDR den Artikel 103 des GG mit seinem Rückwirkungsverbot außer Kraft und hebt damit auch den Gleichheitsgrundsatz ... auf. So wird unter Verletzung der Verfassung der Weg für die politisch-strafrechtliche Verfolgung von Verantwortungsträgern der DDR weiter freigelegt. Das OLG verfährt auf ähnliche Weise. Es hebt in diesem Falle Grundsätze der DDR auf und legt bundeseigene fest, um daraus Strafbarkeit ableiten zu können.

Es befremdet mich auch außerordentlich, daß das OLG zu meinem Hinweis auf das Archivmaterial schweigt, in das ich einsehen wollte, um danach eine objektiv richtige Antwort geben zu können ... Aus meinen Formulierungen ergibt sich bereits, daß es in „weitem Sinne“ derartige Sitzungen gab, die aber den Charakter politisch-operativer Beratungen hatten. Nach ihnen wurde ich aber nicht gefragt ...

Die politisch-operativen Beratungen, die ich in Dresden durchführte ... hatten ein Ziel: Ich wollte im Herbst 1989 Gewaltausbrüche und Blutvergießen verhindern ... Wenn mir unter Entstellung des Charakters einiger dieser Beratungen ein Meineidsprozeß gemacht wird, kann ich dahinter nur politische Motive sehen ... Den Initiatoren dieser Bestrebungen paßt es einfach nicht ins Konzept, das sich politisch Verantwortliche der DDR von der Vernunft haben leiten lassen und für einen friedlichen Demokratisierungsprozeß eingetreten sind und danach gehandelt haben.

Ich habe am 22.4.1992 gemäß dem Anspruch, es nach bestem Wissen und Gewissen zu tun, ausgesagt ... Weil der Mensch eben ein Mensch ist und kein Computer, muß er mit solchen Lücken in seiner Erinnerung leben und muß es mit Befremden und unter Protest hinnehmen, daß man dafür bestraft werden soll, auch wenn die vermeintliche Straftat niemanden Schaden brachte. Im Gegenteil, was ich damals tat, stützte den friedlichen Verlauf der Ereignisse des Herbstes 89.

Bundeswehr marschiert mit Kampftruppen nach Bosnien

Schwieriger Kompromiß bei den Grünen: UNO statt NATO

Rechtzeitig vor der Entscheidung im Bundestag zum Bosnieninsatz der Bundeswehr hat sich die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf einen gemeinsamen Antrag geeinigt. Wie die Kompromißlinie aussehen würde, war unklar, nachdem der Parteitag noch wenige Tage vorher es ablehnte, die Fraktion auf eine Position festzulegen. Dies mußte man als bedenkliches Zeichen werten. Die Bundesregierung versucht, über den Bosnieninsatz die Militarisierung ihrer Außenpolitik weiter voranzutreiben. Dieses Vorhaben will sie durch einen breiten Konsens in Parlament und Gesellschaft erreichen. Es war daher wichtig, daß durch ein eindeutiges Votum des Parteitags diesem Bestreben ein Riegel gesetzt wird. Die Delegierten fanden anscheinend aber diese Frage zu unbedeutend und ließen die Debatte über den Punkt nicht zu.

Nun hat sich die Fraktion entschieden. Nachdem schon einigen Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen androhten, sie würden mit dem Antrag der Regierung stimmen, war dringender Handlungsbedarf. Der Kompromißantrag lag schon vor dem Parteitag vor. Er wurde formuliert von Angelika Beer, Ludger Vollmer, Kerstin Müller und Werner Nachtwei. Mit dem Papier sagt die große Mehrheit der Fraktion erstmals Ja zu einem neuen Mandat der Friedensstruppe IFOR unter der Beteiligung der Bundeswehr. Begründung: Die Fraktion will nicht, daß in Bosnien ein „Sicherheitsvakuum“ entsteht. Nur mit einer solchen Formulierung konnten die Militarisierer unter den Grünen für den Kompromißantrag gewonnen werden. Darü-

ber hinaus aber fordert die Fraktion die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß der auf 18 Monate angelegte NATO-Einsatz innerhalb „weniger Monate“ durch einen UNO-Blauhelmeinsatz abgelöst wird.

Mit ihrer Analyse der inneren Lage in Bosnien sind die Grünen weitgehend auf die Linie der Bundesregierung eingeschwenkt. Ruhe hatte auf der Sitzung des Verteidigungsausschusses des Bundestages am 4. Dezember gesagt: „Zöge IFOR nun ersatzlos ab, wäre zu befürchten, daß es zur Eskalation lokaler Spannungen käme. Die bisher erreichte Bewegungsfreiheit würde wieder eingeschränkt. Im schlimmsten Falle käme es zum Wiederaufflackern der Kämpfe. Für die Flüchtlinge gäbe es praktisch keine Rückkehrmöglichkeit mehr. Allen Maßnahmen zur weiteren Konsolidierung des Friedensprozesses würde damit der Boden entzogen.“

Dies hört sich so an, als wenn sich in Bosnien nichts getan hätte und die Militärgruppen noch unverändert stark auf jede Gelegenheit warten, um den Gegner kleinzumachen. Dies entspricht aber nicht der Lage. In den vergangenen Monaten wurde einseitig das Militärbündnis der Truppen Iztbegovic kontinuierlich aufgerüstet. Erst vor einigen Wochen haben die USA einen Frachter voll mit Waffen an Iztbegovic übergeben. Militärisch und auch ökonomisch hat sich die Lage eindeutig zugunsten des Militärclans um Iztbegovic verbessert. Die Unterstützung für einen weiteren Einsatz der Bundeswehr in Bosnien wird diesen Zustand nur noch weiter festigen. (hav)

Was will die Opposition in Serbien?

Im Westfernsehen treten dubiose „Oppositionsführer“ auf

Die Politiker, die zur Zeit in Serbien die Proteste gegen die Regierung und ihren Präsidenten Milosevic anführen, sind extrem dubiose Figuren. Der eine, Draskovic, trat schon vor Jahren als Anhänger der Monarchie und Freund der Cetniks auf. Der andere, Djindjic, war noch vor kurzem ein Fan des bosnischen Serbenführers Karadzic. In einem Memorandum an die Regierung der USA schreiben sie, daß die nächsten Tage entscheidend seien und daß sie um ausreichenden internationalen Druck auf die Regierung Milosevic hoffen, um ihr Ziel zu erreichen.

Was aber sind die Gründe, die viele hunderttausende auf die Straße gegen Milosevic und sein System führen? Der Belgrader Soziologe und Philosoph Mihailo Markovic, einst Sprecher der linksradikalen Praxisgruppe, dann Berater von Milosevic, analysiert die Zusammensetzung der Demonstranten so: „Die Teilnehmer sind zumeist Angehörige der städtischen Mittelklasse und der kleinbürgerlichen Schichten, die auch nach Aufhebung der über Jugoslawien verhängten Sanktionen ihren früheren Lebensstandard nicht wieder erreicht haben. Sie glauben, daß Jugoslawien unter der Führung von Zajedno (Bündnis der oppositionellen Kräfte, d. Red.) mehr wirtschaftliche Förderung seitens der Weltbank und anderer westlicher Institutionen erhalten würde als unter der jetzigen Regierung. In Wirklichkeit war es für Jugoslawien vorteilhaft, weniger Kredite erhalten zu haben, dadurch weniger vom Westen ab-

hängig zu sein als andere osteuropäische Länder.

Die anderen Demonstranten sind vor allem Studenten, Schüler von Fachhochschulen und Gymnasiasten. Die Lohnabhängigen hingegen halten sich völlig heraus.“ (Interview in der *Jungen Welt* vom 5.12.1996)

Die Unterstützung der Opposition durch die Lohnabhängigen bleibt nach Auffassung Mihailovic aus, weil die Opposition radikalen Sozialabbau betreibt, die kostenlose Schulbildung und die Gesundheitsfürsorge abschafft. Ihr offener Aufruf zu Privatisierung schaffe ein noch größeres Heer an Arbeitslosen. Aus dem gleichen Grund würde der Protest auch nur auf wenige Städte begrenzt bleiben. Das Programm der Opposition, den Getreideanbau auf dem Land einzuschränken und Getreide zu Dumpingpreisen zu importieren, stößt auf keine Gegenliebe bei den Bauern. Deswegen auch die breite Unterstützung auf dem Land für die Regierung Milosevic.

Offenbar unterstützen aber große Teile der Arbeitslosen die Massendemonstrationen. Die Produktion in Serbien soll nur bis zu 15% ausgelastet sein. Von den offiziell 3 Millionen Beschäftigten befindet sich fast die Hälfte auf einem minimal bezahlten, aber versicherten Zwangsurlaub. Zwei unabhängigen Gewerkschaften, die nach eigenen Angaben etwa 600.000 Arbeiter und Arbeiterinnen vertreten, haben für diese Woche nun Streiks gegen die Regierung angekündigt. (hav)



Das Kampfkomitee der protestierenden Bauern, die seit dem 5. Dezember die Straßen und Eisenbahnverbindungen zwischen Athen und Nordgriechenland blockieren, lehnte nun ein Kompromißangebot der Regierung ab. Neben höheren Erzeugerpreisen fordern die Bauern unter anderem niedrigere Diesel- und Düngemittelpreise, eine Senkung der Mehrwertsteuer beim Kauf von Maschinen, Subventionen und Schuldenerlaß. Die Lage der Bauern hatte sich dramatisch verschlechtert, seit dem die Regierung die Bedingungen des EU-Agrarmarktes in Griechenland umsetzte.

London: Gegen Diskriminierung

In London haben Behinderte gegen das neue Behindertengesetz demonstriert, das seit letzter Woche in Kraft ist. Richard Wood vom Dachverband britischer Behindertener kritisiert das Gesetz: „Die Auswirkungen, die das Gesetz haben wird, definieren wir als Apartheid“. Der Gesetz bestimmt zwar, daß alle Arbeitsplätze behindertengerecht eingerichtet werden müssen. Dies gilt jedoch nur für Firmen mit mehr als 20 Beschäftigten. Damit fallen in Großbritannien 85% aller Unternehmen nicht unter die Bestimmungen des Gesetzes. Zudem sind große Teile des Öffentlichen Dienstes von dem Gesetz ausgenommen: die Polizei, die Armee und die Justizvollzugsanstalten. Hinzu kommt, daß das Gesetz Diskriminierung zuläßt, wenn „ein guter Grund vorliegt“. In Ausführungsbestimmungen hat die Regierung niedergelegt, was sie darunter versteht: „Sie dürfen eine behinderte Person nachteilig behandeln, wenn sie ernsthaft annehmen, daß entweder der behinderte Kunde oder jemand anderes gefährdet würde, falls sie es nicht täten.“

ber wird im gesamten Bildungsbereich gestreikt. Parallel dazu findet im Öffentlichen Dienst ein Generalstreik statt. Ein Sprecher der Schüler und Studenten: „Wir Schüler und Studenten kämpfen gemeinsam mit den Arbeitern gegen die Regierungspolitik, weil wir wissen, daß diese einen wichtigen gesellschaftlichen Faktor bilden. Ein kleiner Sektor von Arbeitern wie die französischen Fernfahrer hat demonstriert, was sie in Europa bewirken können.“

Kuba: Gedenken an die Granma

Am 2. Dezember 1956, vor 40 Jahren, landeten 82 Revolutionäre, von Mexiko kommend, im Osten der kubanischen Insel. Auf dem Fischkutter „Granma“ mit dabei waren u.a. Fidel und Raul Castro und Che Guevara. Zehntausend Kubaner und Kubanerinnen feierten mit einem großen Fest in Havanna und ganz Kuba den Beginn der Befreiung. Unter ihnen noch die Veteranen, die an der Revolution von 1956 bis 1959 gegen die USA und ihren Vasallen Fulgencio Batista teilgenommen haben. (Zusammenstellung: hav)

Streiks in Rußland

Nachdem verschiedene Warnstreiks und Hungerstreikaktionen nichts brachten, sind die 400.000 Bergleute in den Streik getreten. 154 von 189 Gruben wurden geschlossen. Die Bergleute fordern jetzt nicht nur die Auszahlung ihrer seit Monaten ausstehenden Löhne, sondern auch den Rücktritt der Regierung Tschernomyrdin. Die Regierung versucht, mit der Zahlung von 200 Milliarden Rubel an die Bergleute im Kuznezker Becken die Streikfront zu spalten. Gleichzeitig streiken in ganz Rußland die Lehrer, die schon seit 8 Monaten mit leerer Lohntüte ihre Arbeit verrichten. Nach Angaben der Zeitung „Rossiskije Westi“ hat der Staat inzwischen 13 Mrd. DM Lohnschulden. Hinzu kommen 5 Mrd. DM zurückbehaltenen Rentenzahlungen. Seit den Präsidentenwahlen im August sind in einigen Regionen keine Renten mehr ausgezahlt worden.

Schülerproteste in Spanien

Insgesamt 90 Prozent der Schüler haben nach Angaben der Schüler und Studentengewerkschaft SE am Mittwoch letzter Woche den Unterricht boykottiert, etwa 100.000 Menschen haben sich an Demonstrationen beteiligt. In Madrid, wo sich laut SE 10.000 versammelten, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht.

Die Schüler und Studenten wenden sich gegen die Sparpolitik des Bildungsministeriums. Am 11./12. Dezem-

Fernfahrer-Sieg in Frankreich

Ende November haben die französischen Fernfahrer ihren zwölfjährigen Streik beendet. Nach Angaben der Gewerkschaft CFDT stimmten 80 Prozent für eine Aufhebung der Straßenblockaden. Ein Ergebnis des Streiks: die 1993 unter dem damaligen Premier Balladur beschlossene Rentenregelung, in der 40 Beitragsjahre zur Rentenversicherung festgeschrieben wurden, ist eingerissen. Die Fernfahrer der privaten Unternehmen können mit 55 Jahren und 25 Berufsjahren in Rente gehen. Ab dem 57. Lebensjahr zahlt der Staat 80 Prozent des vorgezogenen Ruhestands. In der Lohnfrage – hier hatten die Gewerkschaften Forderungen bis zu 20 Prozent erhoben – ist eine Einmalzahlung von 3.000 Francs (ca. 800 DM) vereinbart worden. Die Unternehmer wollten 1.500 Francs Prämie und 1 Prozent mehr Lohn zahlen – bei Bruttolöhnen von teilweise nur 8.000 Francs! Über die Arbeitszeit wird der Schlichter bis zum 15. Dezember eine Regelung vorlegen. Die Unternehmer hatten Vereinbarungen von 1994 nicht eingehalten, die monatliche Arbeitszeit auf zunächst 242 Stunden und in diesem Jahr auf 230 Stunden zu senken. Schließlich wird die französische Regierung der Forderung nach Ruhe- und Wartezeiten mit einem Erlaß nachkommen. Die Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsbetriebe in Rouen haben angekündigt, sie wollten auch die von den Fernfahrern erkämpfte Rentenregelung durchsetzen. (map)

Bestürzende Entwicklung im Verfahren von Mumia Abu-Jamal

Internationaler Aktionstag und dringender Spendenaufruf

Liebe FreundInnen, liebe UnterstützerInnen von Mumia Abu-Jamal, vor einem Jahr, im August 1995, drohte dem ehemaligen Black Panther-Aktivisten und bekannten afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal die Hinrichtung durch die Giftspritze. Abu-Jamal war 1982 nach einem zweiwöchigen Prozeß und mit Hilfe gefälschter Beweise und erpresster Zeuginnen wegen Mordes an einem weißen Polizeibeamten in Philadelphia zum Tode verurteilt worden. Er selbst hatte in dem Prozeß mehrfach seine Unschuld beteuert.

Aufgrund einer breiten internationalen Protestbewegung und der juristischen Bemühungen von Abu-Jamals Anwaltsteam unter Leitung des New Yorker Bürgerrechtsanwalts Len Weinglass war der prozeßführende Richter Albert F. Sabo gezwungen, Abu-Jamals Hinrichtungsbefehl auszusetzen. Allerdings lehnte Richter Sabo, der 1992 den Vorsitz im Prozeß gegen Abu-Jamal geführt hatte, dessen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens ab. Im Februar dieses Jahres legte Len Weinglass vor dem Obersten Gerichtshof von Pennsylvania Berufung gegen Sabos ablehnende Entscheidung ein. Mittlerweile gibt es eine Reihe von wichtigen und bestürzenden neuen Entwicklungen in Abu-Jamals Verfahren.

Die Zeugin Veronica Jones

Im Mai dieses Jahres gelang es den Privatermittlern von Abu-Jamals Anwaltsteam, die Zeugin Veronica Jones ausfindig zu machen. Veronica Jones gehörte zu den Augenzeuginnen des Geschehens in der Nacht vom 9. Dezember 1981, als der Polizeibeamte Daniel Faulkner erschossen wurde und Abu-Jamal schwerverletzt verhaftet wurde. In einer ersten schriftlich protokollierten Zeugenaussage bei der Polizei erklärte die damals 21jährige Veronica Jones, die damals als Prostituierte arbeitete, daß sie Schüsse gehört habe und zwei Männer vom Tatort wegrennen sah. Einige Monate nach dieser Aussage wurde Veronica Jones verhaftet und mit einer Raubüberfallanklage in Untersuchungshaft genommen. Wenige Tage vor dem Beginn des Prozesses gegen Abu-Jamal erhielt sie in der Untersuchungshaft Besuch von zwei Polizeibeamten. Die Beamten erklärten ihr: „Wenn ich gegen Abu-Jamal aussagen würde und ihn als Schützen identifizieren würde, müßte ich mir keine Sorgen mehr wegen des Verfahrens gegen mich machen. Die Polizisten bedrohten mich, indem sie mich daran erinnerten, daß ich ansonsten eine 15jährige Haftstrafe zu erwarten hätte. Ich wußte, daß mich jahrelanger Knast erwarten würde, wenn ich auch nur irgendetwas tun würde, um Abu-Jamals Verteidiger zu helfen.“ (Zeugenaussage von Veronica Jones vom 2. 10. 1996)

Veronica Jones wurde aus der Untersuchungshaft im Prozeß gegen Abu-Jamal als Zeugin vorgeführt. Während ihrer Aussage saßen die beiden Polizeibeamten in ihrem Blickfeld im Gerichtssaal. Veronica Jones widerrief ihre ersten Aussagen bei der Polizei und erklärte, daß sie niemanden vom Tatort habe wegrennen sehen. Auf Nachfragen von Abu-Jamals damaligem Verteidiger

erklärte sie außerdem, daß die Polizei ihr – sowie einer anderen Prostituierten namens Cynthia White – das Angebot gemacht habe, daß sie weiterhin unbefelligt als Prostituierte arbeiten könne, wenn sie gegen Abu-Jamal aussagen würde. Richter Sabo ordnete an, diesen Teil ihrer Aussage aus dem Verhandlungsprotokoll zu streichen.

Kurze Zeit nach ihrer Aussage wurde Veronica Jones auf Kautions entlassen und die Anklage gegen sie fallengelassen.

Nachdem die Privatermittler von Abu-Jamals Rechtsanwaltsteam im Frühjahr dieses Jahres Kontakt zu Veronica Jones aufgenommen hatten, entschied sie sich, die Wahrheit über die Nacht vom 9. 12. 1981 und das Zustandekommen ihrer Aussagen im Prozeß gegen Abu-Jamal zu erzählen. Abu-Jamals Anwaltsteam legte der Öffentlichkeit und Richter Sabo daraufhin eine eidesstattliche Versicherung von Veronica Jones vor und beantragte ihre Vernehmung als Zeugin im Berufungsverfahren beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania.

Am 30. September ordnete der Oberste Gerichtshof eine Zeugenvernehmung von Veronica Jones durch Richter Albert F. Sabo an – entgegen dem Antrag der Verteidigung, die zum wiederholten Mal die Ablösung von Richter Sabo wegen Befangenheit beantragt hatte.

Bei ihrer Zeugenanhörung am 1. und 2. Oktober 1996 berichtete Veronica Jones dann noch einmal ausführlich von dem Druck der Polizeibeamten, der sie zu den Aussagen gegen Abu-Jamal gezwungen hatte. Schon während der Anhörung bezeichnete Richter Sabo ihre Aussagen als „reine Erfindungen“. Am Ende der Anhörung beantragte die Staatsanwaltschaft die Festnahme von Veronica Jones aufgrund eines angeblich zwei Jahre alten Haftbefehls wegen Scheckbetrugs. Richter Albert F. Sabo folgte dem Antrag der Staatsanwaltschaft, und Veronica Jones wurde aus dem Gerichtssaal in Untersuchungshaft genommen und erst am nächsten Tag auf 10.000 \$ Kautions freigelassen.

Mittlerweile hat Richter Sabo am 1. November 1996 in einer schriftlichen Bewertung für den Obersten Gerichtshof die Aussagen von Veronica Jones als „irrelevant und erfunden“ bezeichnet. Er lehnt eine Wiederaufnahme des Verfahrens weiterhin ab. Abu-Jamals Anwälte haben auch gegen diese Bewertung Berufung beim Obersten Gerichtshof von Pennsylvania eingelegt.

Wichtig ist, sich vor Augen zu führen, daß Veronica Jones keinerlei Vorteile von ihrer jetzigen Aussage für Abu-Jamal – die sich im übrigen mit dem schriftlichen Protokoll ihrer polizeilichen Vernehmung am 9. 12. 1981 deckt – hat. Im Gegenteil: Sie hat mittlerweile ihren Job verloren, und ihre Festnahme im Gerichtssaal kann nur als Einschüchterung aller potentiellen EntlastungszeugInnen für Abu-Jamal verstanden werden.

Die weitere Entwicklung

Noch ist nicht absehbar, wann der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania über den Berufungsantrag entscheiden wird. Abu-Jamals Anwälte haben eine mündliche Anhörung beantragt, aber das Ge-

richt kann auch nach Aktenlage entscheiden. Es wird angenommen, daß diese Entscheidung im Winter 1996/97 getroffen wird.

Abu-Jamals Anwälte sehen es als vorrangigste Aufgabe an, weitere Augenzeuginnen der Nacht vom 9. 12. 1981 zu finden. Denn Veronica Jones ist bei weitem nicht die einzige Augenzeugin, die von der Polizei zu belastenden Aussagen gegen Abu-Jamal gezwungen wurde. Wie im Fall von Veronica Jones, die mehrfach ihren Namen und ihren Wohnort gewechselt hatte, gestaltet sich allerdings das Auffinden der anderen Augenzeuginnen sehr schwierig und kostspielig.

Neue Schikanen

Seit Anfang November dieses Jahres hat die Gefängnisbehörde von Pennsylvania eine neue Anordnung für den Umgang mit Medieninterviews mit Gefangenen verabschiedet. Seit dem Inkrafttreten dieser Anordnung dürfen keinerlei Radio- und Fernsehinterviews mit Gefangenen (diese Regelung gilt für alle Gefangenen im Bundesstaat) gemacht werden. Journalisten dürfen nur noch Telefoninterviews führen oder mit einem Bleistift und einem Notizblock bei einem Besuch „Interviews“ machen. Diese Regelung, die auch schon seit den Gefängnisrevolten im letzten Jahr im Bundesstaat Kalifornien praktiziert wird, verhindert de facto jegliche Berichterstattung über die Situation von Gefangenen. Im Fall von Mumia kann sie nur als Versuch gewertet werden, seinen Zugang zur Öffentlichkeit weiter einzuschränken.

„Für Mumia Abu-Jamal bedeutet finanzielle Unterstützung den Unterschied zwischen Leben und Tod“

Laut einer Studie einer US-amerikanischen Juristenorganisation belaufen sich die Kosten zum Erreichen eines Wiederaufnahmeverfahrens für einen Todesstrafegefangenen auf eine bis drei Millionen Dollar. Je länger die Verurteilung zurückliegt – und bei Mumia Abu-Jamal sind es mittlerweile 14 Jahre –, desto teurer wird es, ZeugInnen zu finden, Gutachten zu bezahlen usw. Viele Menschen in den USA und in anderen Ländern haben mittlerweile Geld für Mumia Abu-Jamals Wiederaufnahmeverfahren gespendet – und doch ist es nur ein Bruchteil dessen, was normalerweise veranschlagt würde. Obwohl Mumias Anwaltsteam, das aus vier AnwältInnen besteht, beispielsweise mehr als 50 % der Arbeit pro bono macht. Mumia Abu-Jamal und seine Familie sind mittellos und daher vollkommen auf Spenden und daher vollkommen auf Spenden die Kosten der Verteidigung und Ermittlungen knapp gedeckt, denn „kurz vor dem Hinrichtungstermin haben viele Menschen gespendet“, so Len Weinglass. „Aber seit der Aussetzung des Hinrichtungsbefehls sind die Spenden dramatisch zurückgegangen. Dabei benötigen wir gerade jetzt dringend Geld, um die Suche nach weiteren Zeuginnen fortsetzen zu können. Für Mumia Abu-Jamal bedeutet finanzielle Unterstützung den Unterschied zwischen Leben und Tod.“

Wir möchten Euch/-Sie bitten, Mumia Abu-Jamals Kampf um ein Wiederauf-

nahmeverfahren – um sein Leben und seine Freiheit – zu unterstützen. Dafür gibt es mehrere Möglichkeiten.

Internationaler Aktionstag am 9. Dezember

Am 9. Dezember dieses Jahres – dem 15. Jahrestag von Abu-Jamals Verhaftung – findet ein internationaler Aktionstag statt. Abu-Jamals UnterstützerInnengruppe „International Concerned Family and Friends“ bittet darum, daß an diesem Tag durch Petitionen und Faxe an Pennsylvanias Gouverneur Thomas Ridge mit der Forderung nach einem neuen Verfahren für Abu-Jamal und einer unabhängigen Untersuchung zu den Verletzungen von Abu-Jamals Bürgerrechten Nachdruck verliehen werden soll. In den USA wird es eine zentrale Aktion in New York geben – eine ganztägige Blockade des Börsenviertels an der Wall Street.

Spendenaufruf

Darüber hinaus bitten wir Euch/Sie für Mumia Abu-Jamals Prozeßkosten zu spenden. Die Spenden werden von dem zentralen Konto der bundesdeutschen Mumia Abu-Jamal Solidaritätsgruppen direkt an Rechtsanwalt Len Weinglass weitergeleitet.

Wir möchten uns schon im voraus für Eure/Ihre Unterstützung bedanken und fügen noch einen Dankesbrief von Mumia Abu-Jamal vom Oktober dieses Jahres bei.

Mit freundlichen Grüßen
Mumia-Soligruppe Berlin im Winter 1996 (für den bundesweiten Zusammenschluß der Mumia-Soligruppen)

Spendenkonto:

Sonderkonto Mumia Abu-Jamal, Archiv '92, Konto-Nr. 1008738701, BLZ 290 101 11, BfG Bremen

Petition

An die US-Botschaft in Bonn, Fax-Nr. (02 28) 33 36 01 und an Gouverneur Thomas Ridge, Pennsylvania, Fax-Nr. 001/7177831396 oder 001-7177877859

Dear Mr. Ambassador, dear Governor Ridge, today 15 years ago, the African American journalist and ex-Black Panther Mumia Abu-Jamal was arrested and falsely charged with the killing of a police officer in Philadelphia. Mumia Abu-Jamal has been sentenced to death. Currently, Abu-Jamal's death-warrant has been stayed and his defense team is appealing for a new trial. We support Mumia Abu-Jamal's demand for a new and impartial trial. We also demand that Judge Albert F. Sabo be removed permanently from the case. We also demand that Attorney General Janet Reno starts an independent federal investigation of the human rights abuses that occurred in Abu-Jamal's case. We urge Pennsylvania's Governor Thomas Ridge to refrain from signing a new execution warrant for Mr. Jamal and to stop executions in Pennsylvania.

Sincerely
(aus: Angehörigen-Info Nr. 188)



Im Oktober fanden in Nicaragua Wahlen statt – Präsidentschaftswahlen, Wahlen zur Nationalversammlung wie zu den Gemeindeverwaltungen. Die „Liberale Allianz“ (AL) unter Arnaldo Alemán erreichte in der Präsidentschaftswahl 51% der Stimmen, die FSLN unter Daniel Ortega 38%. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und den Gemeinderatswahlen konnte die FSLN gegenüber 1990 erheblich aufholen. Die FSLN sprach von Wahlsiegen, und tatsächlich gibt es zahlreiche Anzeichen und Vorgänge, die diesen Vorwurf stützen. Das „Informationsbüro Nicaragua“ und die Info-stelle El Salvador in Wuppertal veröffentlichten in ihrem letzten Rundbrief Nr. 5/96 einen längeren Bericht über die Wahlen. Wir dokumentieren Auszüge.

Polarisierungen

Die Wahlen haben das Land nochmals, nicht nur vom numerischen Ergebnis her, sondern auch politisch, polarisiert. Schon Alemáns (Arnaldo Alemán ist Vorsitzender der AL, d. Red.) Politik als Bürgermeister von Managua war geprägt von Korruption, dem Hinwegsetzen über die partizipativen Rechte der Stadtbevölkerung, der Säuberung der Stadtverwaltung von SandinistInnen und der quasi Zwangsmitgliedschaft für Stadtbedienstete in seiner PLC. Er steht außerdem unter dem Druck der somozistischen US-nicaraguanischen Gesellschaft in den USA und dem Verband der Konfiszierten in Nicaragua.

Eine Regierung Alemán wird die Wahl haben, ihren konfrontativen Kurs fortzusetzen oder im Rahmen des Kräfteverhältnisses zu verhandeln. Dies gilt vor allem auf der Ebene der Nationalversammlung, wo die AL kein Gesetz allein durchsetzen können.

Das kommt der FSLN-Spitze entgegen, die daran interessiert ist, ihren Status Quo zu erhalten, sprich ihre politische und ökonomische Macht auch unter einer Alemán-Regierung zu konsolidieren. Alemán kann mit Konfrontation nur verlieren. Die politische, soziale und ökonomische Situation ist so brüchig, daß mit fortgesetzter Konfrontation das Land noch mehr im Chaos versinken würde. Das würde seine eigene Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung untergraben und ihn sowohl in den Unternehmenssektoren, wie auch vor der verarmten Mehrheit unglaublicher machen. Das Ausland drängt auf Befriedung und Stabilität und macht davon die weitere Unterstützung abhängig, egal welchen Preis dies für die Bevölkerungsmehrheit haben mag. (...)

Im Wahlkampf haben sowohl FSLN wie AL mit der Angst vor den anderen gearbeitet. Die FSLN hat vor der Restauration des Somozismus gewarnt, die AL vor einer Rückkehr des Sandinismus wie in den 80er Jahren. Beides ist in der Bevölkerung stark verankert: die Angst und die Ablehnung vor dem Schrecken der Diktatur Somozas, zu der die AL und Alemán sowohl ideologische wie Personelle Verbindungen haben. Aber in anderen Sektoren überwiegt ein starker Antisandinismus, basierend auf den Kriegsfolgen, dem Machtmißbrauch, dem staatlichen Dirigismus gegenüber den BäuerInnen, dem Verhältnis zur katholischen Kirche etc. Am anderen Ende entschieden sich viele WählerInnen anderer Parteien für einen der beiden Pole (...)

Das politische Zentrum wurde in dieser Polarisierung praktisch ausgelöscht, seine politischen Parteien wurden an den Rand des Untergangs gedrängt. Die meisten werden nicht einmal einen Sitz in der Nationalversammlung erhalten und verlieren damit ihren Parteienstatus. Die MRS um Sergio Ramirez, die traditionell unabhängige liberale Partei

(PLI) von Vigilio Godoy, Alfredo Cesar mit seiner UNIDO 96, die Christliche Partei UDC und andere konnten sich nicht einigen und einen gemeinsamen Zentrumsblock bilden.

Verlierer dieser Wahl sind auch die Ex-Contras, die sich mit ihrer Partei (PRN) letztlich in drei große Gruppen aufspalteten. Eine Gruppe um Fabio Gadea, Mitbesitzer von Radio Corporación, schloß sich der AL an. Eine andere Gruppe von mehr als 40 Ex-Contrachefs gingen zusammen mit ihrer Basis ein Bündnis mit der FSLN ein. Der verbleibende Rest kandidierte als PRN, aber ohne sich klar von der AL unterscheiden zu können. Sie werden nicht einmal auf 0,5% kommen.

Verlierer der Polarisierung sind auch die meisten der 557 „freien Listen“ auf

machen und ein neoliberales Modell ohne Wenn und Aber durchzusetzen:

– Mit moralischen Werten: Frauen als Gebärmaschinen und zurück an den Herd, gegen Familienplanung, gegen Abtreibung, gegen Homosexuelle ...

– Politisch: Festigung eines formalen Demokratie Modells, gegen partizipative Ansätze in staatlichen und kommunalen Strukturen und in der Zivilgesellschaft, Autoritarismus, Einordnung von Polizei und Armee in dieses Modell, weiteres Zurückdrängen gewerkschaftlicher Spielräume ...

– ökonomisch: Rückgabe konfiszierten Eigentums oder lukrative Entschädigungen, Konzentration von Produktionsmitteln in Händen einer kleinen exportorientierten Elite, Ausbau der freien Produktionszonen ...

ein instrumentelles Verhältnis.

Das Wirtschaftsprogramm der FSLN unterscheidet sich nicht wesentlich von dem der AL:

– Exportförderung als zentraler Hebel der wirtschaftlichen Reaktivierung;
– Kredite für die kleinen und mittleren ProduzentInnen, ohne zu sagen, wo das Geld dazu herkommen soll;

– Förderung und Ausbau „freier“ Produktionszonen (Maquila). Die FSLN verspricht speziell auch noch eine für Masaya. Vor den Wahlen erschienen in der FSLN-Zeitung „Barricada“ plötzlich Artikel über die Vorteile, die Maquila Nicaragua gebracht haben soll. Laut den Artikeln gibt es natürlich schwarze Schafe, aber das seien Einzelfälle.

– Zustimmung zum Bau des Interocéanischen Kanals – mit „freien“ Produktionszonen um die beiden neuen Häfen an Atlantik und Pazifik.

Sicherlich ist es heute nicht möglich, in Nicaragua umfassende Alternativen zum Neoliberalismus zu schaffen. Aber die sozialen Bewegungen und auch Sektoren der Kooperativbewegung haben in den letzten Jahren neue Erfahrungen auf organisatorischem, ökonomisch-technologischen und sozialem Gebiet gemacht, die durchaus Elemente von Alternativen enthalten, die heute umsetzbar sind. Obwohl Tausende von FSLN-Mitgliedern TrägerInnen dieser Prozesse sind, wurden diese vom Parteiapparat nicht im Sinne eines Lern- und Erneuerungsprozesses aufgegriffen. Sofern überhaupt ein Bezug besteht, hat der Parteiapparat lediglich ein instrumentalisierendes Interesse daran.

Trotzdem ist eine der interessantesten Entwicklungen des Wahlkampfes der rasante

Stimmenzuwachs der FSLN. Bis zum Parteikongreß im Mai '96 lag die FSLN bei etwa 25% der WählerInnen. Mit der Bestimmung eines nichtsandinistischen großen Viehzüchters als Vizepräsidenten kandidaten erhielt die FSLN erste Stimmenzuwächse. Er vermittelte mehr Glaubwürdigkeit gegenüber vielen kleinen, mittleren und auch großen ProduzentInnen, daß die FSLN ihre Wirtschaftspolitik der 80er Jahre nicht mehr wiederholen will, sondern Respekt vor dem Eigentum hat.

Zu diesem Bündnis zwischen der FSLN und den ProduzentInnen kam dann noch das Bündnis der Ex-Contras bzw. der „Resistencia“, wie sie jetzt heißt. Mitte September unterschrieben 4.487 Ex-Contras mit ihren Chefs ein Bündnis mit der FSLN. Trotz aller Hetze von Seiten der AL und der PRN, die Chefs seien nur individuell gekaufte Individuen ohne Basis, verlieh diese Dreierallianz der FSLN neue Glaubwürdigkeit. Zwischen Mai und Oktober erreichte die FSLN so einen Stimmenzuwachs von ungefähr 13%, mehr als jede andere Partei oder gar Wahlbündnis. Einerseits fragen sich viele, warum diese Politik erst für die Wahlen eingeschlagen wurde und nicht schon vorher. Aber vor allem viele kleine BäuerInnen, Kooperativen, ArbeiterInnen mußten sich fragen, wo sie in diesem Bündnis noch vorkommen. Gerade das Bündnis mit den ProduzentInnen, besser gesagt den kleinen und mittleren UnternehmerInnen, war mit sehr vielen Kompromissen in der Wirtschaftspolitik versehen.

Die erneute Wahlniederlage der FSLN wird mit Sicherheit verstärkte Diskussionen um strukturelle, inhaltliche und personelle Veränderungen in der Partei auslösen. (Managua, 3.11.1996)



Nicaragua nach den Wahlen

Ein Bericht von Otmar Meyer aus Managua

kommunaler Ebene. In so bedeutsamen Städten wie Chinandega, Matagalpa und Managua lagen sie von Beginn an in der WählerInnengunst eindeutig vorn. Daher betrieben AL wie FSLN in den letzten Wochen vor der Wahl eine intensive Kampagne, bei allen sechs Wahlen ausnahmslos für die Frente oder die AL zu stimmen. Offensichtlich kam die Basis beider Sektoren dem Aufruf diszipliniert nach. In allen drei Städten fielen die KandidatInnen am Wahltag unerwartet auf hintere Plätze zurück. In Chinandega gewann die AL, in Matagalpa ist es noch unklar, in Managua proklamieren sich Cedenó von der AL genauso wie Guadamuz von der FSLN zum neuen Bürgermeister.

Mit Gottes und anderer Hilfe.

Aber es gibt noch mehr Elemente, die den hohen Stimmenanteil für die AL begründen. Die katholische Amtskirche hat sehr entscheidende Wahlhilfe für Alemán geleistet. ...

Der Verband der Konfiszierten startete eine große Kampagne mit Fernseh- und Zeitungsspots, in denen sie daran erinnern, daß die FSLN sich nicht geändert hat und ihr neuer friedlicher Diskurs nur Täuschung sei. Ortega vor Särgen, Supermärkte mit leeren Regalen und andere Horrorbilder begleiteten die Hetze. Die US-nicaraguanische Gemeinde in den USA unterstützte den Wahlkampf der AL, die ihnen versprach, ihr konfisziertes Eigentum wieder zurückzugeben oder sie zumindest kräftig zu entschädigen. Von diesen Sektoren besteht ein starker Druck, die Veränderungen der 80er Jahre mit mehr Entschiedenheit, als die Chamorro-Regierung das getan hat, rückgängig zu

– im Sozialbereich: verstärkter Abbau der Grundversorgungen in Gesundheit und Bildung, kombiniert mit verstärkter Privatisierung ...

Dennoch wurde die AL vor allem auch von den verarmten Sektoren gewählt, die im neoliberalen Modell der 90er Jahre noch weiter verarmten und an den Rand der Gesellschaft gedrängt wurden. Alemán stand all die Jahre sowohl in Opposition zum Sandinismus wie auch zur Chamorro-Regierung. Er präsentierte sich als neuer Hoffnungsträger, der die Misere nicht zu verantworten hat, als starker Mann, der durchgreifen will und kann.

Fehler Sind Leicht Negierbar

Der Erfolg der AL resultiert aber auch daraus, daß die FSLN seit der Wahlniederlage 1990 nicht in der Lage war, eine Alternative aufzubauen. Die FSLN hat bewiesen, daß ihre PolitikerInnen und Parteikader genauso korrupt sind wie alle anderen PolitikerInnen auch. Die pinata von 1990, die Bereicherung von Kadern, die bereits ein bequemes Leben hatten, an Staatseigentum, wurde von der FSLN nie aufgeklärt und kaum sanktioniert. Damit hat sie sich bei der Bevölkerung mehr Schaden zugefügt, als es die nicaraguanische Oberklasse je gekonnt hätte. Sie hat die moralische Autorität verloren, die sie einmal hatte und die sie von allen anderen PolitikerInnen und Parteien unterschied.

Innerparteilich hat die FSLN, trotz gegenteiliger Beteuerungen, ihre vertikalen und autoritären Strukturen nicht verändert. Sie wie sie nach innen funktioniert, handelt sie auch nach außen. Zu den Strukturen der Volksbewegung und den neuen sozialen Bewegungen hat sie

Verfahren gegen zwei Kurden eingestellt

Mannheim. Der Prozeß gegen die Kurden, Mitglieder des inzwischen aufgelösten Mannheimer Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins, vor dem Landgericht Karlsruhe läuft noch. Zu befürchten ist, daß das Gericht, obwohl es nur um eine Bagatelle geht, zu einer Verurteilung kommen will.

Zunächst gibt es aber zwei erfreuliche Tatsachen zu vermelden:

Das Verfahren gegen zwei der Kurden wurde eingestellt – allerdings gegen eine relativ hohe Geldbuße: einmal 1.000 DM und einmal 100 Arbeitsstunden für „gemeinnützige Zwecke“.

Während des zweiten von insgesamt sieben anberaumten Verhandlungstagen gab die Staatsanwaltschaft bekannt, daß sie die Beschwerde gegen die Nichteröffnung des Verfahrens wegen anderer Anklagepunkte zurückgenommen habe. Das heißt, daß es nicht zu einem zweiten Prozeß kommt, in dem es dann nur um

die Tätigkeit für den Kurdisch-Deutschen Freundschaftsvereins gegangen wäre. Der Versuch der Kriminalisierung jedweder Tätigkeit für diesen Verein, wie von der Staatsanwaltschaft Karlsruhe und den Mannheimer Staatsschutzbehörden unternommen, ist also erstmalig daneben gegangen.

Hauptsächlich wird den Angeklagten vorgeworfen, Literatur, die bei polizeilichen Hausdurchsuchungen beschlagnahmt wurde, bei sich zu Hause „zu dem Zwecke der Verbreitung“ gelagert zu haben. Hierbei handelt es sich um solche Bagatellen, wie einige Exemplare der Zeitungen Serxwebun und Berxwedan und 15 Exemplare eines ERNK-Taschenkalenders. Diese Dinge werden der PKK und ERNK zugeordnet. Der Besitz dieser Dinge sei laut Anklage strafrechtlich zu verfolgen, da es sich um eine verbotene „Tätigkeit für die PKK“ bzw. ERNK handelte.

Obwohl der Strafvorwurf eigentlich lächerlich ist, wird das geplante Programm von dem Vorsitzenden Richter Fischer fast vollständig durchgezogen. Die meisten der 22 geplanten Zeugen – fast alle Vertreter der Polizei und des Staatsschutzes – werden gehört. Anträge der Verteidigung werden, meist ohne jede Begründung, abgelehnt. Daß dieser Richter auch Bagatellen hoch verurteilen kann, beweist ein Urteil vor einigen Wochen. Danach wurde ein Kurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt, weil er „PKK-Parolen“ auf einer Demonstration gerufen habe.

Zu Beginn des Prozesses hat einer der Angeklagten auch im Auftrag der anderen eine Erklärung verlesen. Am Schluß der Erklärung sagte er:

„Unser Engagement gilt einer friedlichen Lösung in Kurdistan und der Völkerverständigung. Uns wird als Hauptsache vorgeworfen, daß bei uns Exem-

plare einer kurdischen Zeitung gefunden worden seien. Einer Zeitung, die einer Organisation zugerechnet werden, mit der viele namhafte Persönlichkeiten und Politiker in einen Dialog eingetreten sind – ja sogar in einen Dialog mit dem Vorsitzenden dieser Organisation. Ist es dann nicht absurd, daß wir wegen diesen paar Zeitungen angeklagt werden?

Die Anklage der Staatsanwaltschaft ist nicht nur unverhältnismäßig oder anders ausgedrückt, hier wird „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“, wie es in einem deutschen Sprichwort heißt. Die Anklage der Staatsanwaltschaft untergräbt die Pressefreiheit für uns Kurden und untergräbt die Bemühungen für eine friedliche und demokratische Lösung in Kurdistan.

Wir meinen deshalb, es darf nicht zu einer Verurteilung kommen!“

scr

Abschiebestopp in Krisengebieten

Stuttgart. Rund 2000 Menschen – Flüchtlinge und Asylsuchende, unterstützt von wenigen Deutschen – kamen am Samstag, 7. Dezember, aus ganz Baden-Württemberg zur Demonstration nach Stuttgart. Der evangelische Arbeitskreis Asyl und 19 weitere Organisationen hatten aufgerufen unter den Forderungen: Genereller Abschiebestopp in Krisenregionen und Vorfahrt für die Menschlichkeit und Völkerverständigung in der Ausländer-, Migrations- und Asylpolitik!

„Im laufenden Jahr haben wir mehr als 10 000 abgeschobene Flüchtlinge zu beklagen. Hinter NRW nimmt Baden-Württemberg mit 1 508 abgeschobenen Flüchtlingen auf der Negativliste der abschiebewütigsten Bundesländer den zweiten Platz ein ... Dies bedeutet: Mehrere Polizisten erschienen im Morgenrauschen in der Unterkunft, weckten die Abzuschiebenden, überwachten Anziehen und Bündelschnüren, nahmen Menschen mit, die vergeblich um Schutz nachsuchten, als hätten sie die Bank von England ausgeraubt. In der Eichendorff-Schule in Gottmadingen holte die Poli-



zei am 13. November 1996 die elfjährige Bahar und die dreizehnjährige Leyla direkt von der Schulbank und schob sie mit ihrer Familie ins Ungewisse ab. Wir glauben, solche Nacht- und Nebelaktionen passen wie eine Faust aufs Auge eines demokratischen Rechtsstaats...“ Mit dieser Anklage begann Pfarrer Baumgarten, Landesvorsitzender der Arbeitskreise Asyl, seine Rede. „Wir be-

obachten: Wer abschiebt, macht sich die Hände schmutzig. Kinder schreien, Männer und Frauen werfen sich zu Boden. Sie fürchten Gefängnis, Folter, Tod. Dreißig Selbstmorde abschiebegefährdeter Flüchtlinge sind seit dem sog. Asylkompromiß zu beklagen, 108 000 Zurückweisungen an der deutschen Ostgrenze, mindestens 45 in Oder und Neiße ertrunkene Menschen.“ Weitere Kund-

gebungsredner kamen vom DGB, den Grünen, der SPD und von den Organisationen der Flüchtlinge. Unangenehm war, daß W. Hermann, Grünen-Landesprecher, seine Anklagen gegen Serbien richtete, die deutschen Behörden aber ungeschoren ließ. Pfarrer Baumgarten schloß seine Rede: „Keiner darf in Hunger, Kälte oder neue Verfolgung abgeschoben werden.“ **Ulrike Küstler**



Mannheim. Der gesellschaftliche Widerstand gegen die „Seehofer-Reformen“, gegen die Zerschlagung der solidarischen Sozialversicherungen weitet sich aus. In Mannheim gingen, wie in vielen anderen Städten, am 23. November weit über 1.000 Angehörige der Heilmittelberufe und PatientInnen und Patienten auf die Straße, um laut und deutlich zu fordern: „Die medizinische Grundversorgung muß erhalten bleiben“. Die Rednerinnen und Redner bei der Abschlussskundgebung auf dem Parodplatz protestierten scharf dagegen, daß notwendige Notfallmaßnahmen nach den Koalitionsplänen nur noch für die Reichen da sind, die die entsprechenden Privatrechnungen auch bezahlen können. Die Therapeuten selber machten klar, daß sie die Schließung Tausender von Praxen befürchten, womit neben der eigenen Existenzgefährdung eine weitere erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes verbunden wäre.



Gegen Elitebildung und Sparschweinereien

Stuttgart. Am 3. Dezember fand eine landesweite Schülerdemonstration am Karlsplatz statt, an der sich ca. 15 000 Schülerinnen und Schüler beteiligten. Wir dokumentieren den Aufruf des Stuttgarter SchülerInnenrats:

Die Stuttgarter SchülerInnen wehren sich gegen Einführung von „Turbogymnasien“. Zwölfjährige Gymnasien entsprechen nur den Interessen der Wirtschaft, die zur Zeit keine gut ausgebildeten Arbeitskräfte braucht, sondern nur eine kleine Elite – beim Rest kann gespart werden.

An ca. 20% der Gymnasien in Baden-Württemberg sollen solche Züge eingeführt werden. Wie ungleich hier vorgegangen werden soll, sieht man z.B. an der Klassengröße: Die „Turboklassen“ kommen mit 12 Schülern zustande, während die normalen Klassen auf 33 „aufgefüllt“ werden – dies wurde im Rahmen des Klassenausgleichs von Kultusministerin Schavan angeordnet.

In Stuttgart hat sich die Schulleitung des Friedrich-Eugen-Gymnasiums schon positiv für die Einführung des Elitezuges an ihrer Schule geäußert.

Die Klassen der übrigen Schulen wer-

den größer, neue Lehrstellen werden trotzdem nicht genehmigt. Die Zuschüsse für Schülerabos werden gekürzt und die Bagatellgrenze abgeschafft. Zum „guten“ Schluß werden noch Studiengebühren eingeführt.

Wir ziehen daraus den Schluß, daß gleiche Bildungschancen für alle nicht erwünscht sind, sondern daß Bildung nur noch für Reiche sein soll, die zu einer Elite aufgebaut werden sollen.

Wir fordern:

- Statt Arbeitszeitverlängerung für LehrerInnen: 3000 neue LehrerInnenstellen pro Jahr!
- Kostenlose Schülerabos!
- Volle Lehr- und Lernmittelfreiheit!
- Maximal 20 Schüler pro Klasse!
- Elternunabhängige Mindestabsicherung für SchülerInnen, Azubis und StudentInnen!

aus Kommunale Berichte Stuttgart

Kein weiterer Jugoslawieneinsatz der Bundeswehr!

Heidelberg. Einstimmig hat die Landeskongress der baden-württembergischen Friedensbewegung am 23.11. in Heidelberg alle Bundestagsabgeordneten aufgefordert, einem weiteren aus-



„Planning for Real“

„Planung mit Betroffenen“ in Köln-Mülheim

Köln. Vom 21.-23. November wurde im Kölner Stadtteil Mülheim „Planung von unten“ geübt. Am ersten Abend führte uns Dr. Tony Gibson, der Entwickler dieser Methode, an seinem Modell in die Arbeitsweise ein: In kürzester Zeit hatten wir sein „Modelldorf“ begründet und bewaldet, mit Kindertagesstätten, Sportstätten, Haltestellen, Biohöfen und Werkstätten versehen. Am nächsten Morgen zogen wir mit unserem Modell von Mülheim-Nord auf den Markt Berliner Str., um zu sehen, ob die Leute damit was anfangen können.

Wir waren von den Socken: Der Blick von oben auf ihren Stadtteil animierte die Leute zu wünschen und zu philosophieren, sich zu erinnern und zu planen, mit Pessimismus und „et is noch immer jod jeje“ über die Zukunft nachzudenken.

Ob die Müllhaufen an den Straßenrändern der Hacketäuer und von Sparrstr., die Haltestelle, die zu weit vom Altersheim Tiefentalstr. entfernt ist, die Arbeitsplätze, die es früher gab, die den Leuten – insbesondere den zahlreichen Jugendlichen – heute fehlen, die Gestal-

tung der Berliner Str. nach der Wegführung der B51, die Rolle, die Mütze und Bunker im Viertel spielen bzw. spielen könnten, die rund 10 Leute der Gruppe am Modell waren ständig in Gespräche eingebunden.

Es war ein 1. Schritt: Bei Veranstaltungen und Treffen wird das Modell in Zukunft aufgebaut, in der Schule, im Altersheim usw. Es wird uns einen Schritt näher dahin führen, eine breite Willensbildung und Beteiligung bei der Bewältigung der großen und kleinen Probleme des Stadtteils zu erreichen.

Der Rückgang der Arbeitsplätze und der Rückzug des Staates aus bisherigen Aufgaben bringt viel Unsicherheit und Armut mit sich. Bei der Bewältigung dieser Probleme kann man vielleicht auch Raum besetzen, der dadurch frei geworden ist. Die öffentliche Unterstützung wird man da einfordern müssen, wo sie gebraucht wird. Das auch vom Amt für Stadterneuerung und -sanierung zwei Fachleute am Stand waren und sich der Diskussion der Leute stellten, war ein schöner Anfang zum beidseitigen Versuch von Demokratie von unten. p.b.

„Kostenlosen Spritzentausch!“

Für drogenabhängige Gefangene in Fuhlsbüttel

Hamburg. Die Situation drogenabhängiger Gefangener in der „JVA Am Hasenberge“ ist – wie auch in anderen Hamburger Strafanstalten – unverändert katastrophal. Von gegenwärtig ca. 500 in der JVA untergebrachten Gefangenen konsumieren etwa 150 regelmäßig auch harte Drogen, hiervon sind wiederum ca. 50 Gefangene hochgradig abhängig. Die Abhängigkeit der Gefangenen stellt nicht nur für sie selbst, sondern auch für ihre Angehörigen und den Strafvollzug insgesamt ein großes Problem dar. Die meisten Konsumenten harter Drogen wie Heroin oder Kokain sind ständig verschuldet. Sie verkaufen buchstäblich ihr letztes Hemd, leisten „Dienste“ wie das Putzen von Zellen anderer Gefangener gegen Bezahlung, einige prostituieren sich, und in fast allen Fällen stellt die Sucht eine zusätzliche auch finanzielle Belastung von Familie und Freunden dar, die beständig um Geld zur Finanzierung der Sucht angegangen werden.

Der Leitung der JVA wie auch der Justizbehörde ist die Situation nur zu gut bekannt, sie tut jedoch so gut wie nichts.

An einer wirklichen Verfolgung der Dealer – von denen die meisten auch der JVA bekannt sind – hat die Behörde ebenso wenig Interesse wie an wirklicher Hilfestellung für die Abhängigen. (...) Gegenwärtig befinden sich ca. 25 Gefangene in einem Methadon-Substitutionsprogramm, die Ausweitung des Programms scheitert vor allem am Unwillen der Anstaltsärzten und den Sanitätspersonals. Selbst für diese 25 Gefangenen findet eine psychosoziale Betreuung nur insofern statt, als externen Beratern hierfür 2 Stunden wöchentlich zur Verfügung stehen.

Getreu ihrer Maxime „möglichst wenig Arbeit, möglichst viel Ruhe und Ordnung“ hat die Anstaltsleitung inzwischen eine zweite Sonderstation für „verschuldete drogenabhängige Gefangene“ eingerichtet, die dazu dienen soll, verschuldeten Gefangenen den Rückzug aus dem Haus und damit vor den Gläubigern zu ermöglichen. Auf den Stationen (B I und A I) findet de facto eine bloße Verwahrung statt, Angebote für die

Abhängigen gibt es nicht. Man ist inzwischen dazu übergegangen, die Abhängigen mit der Reparatur von Industriepaletten zu beschäftigen, um sie „an den Arbeitsprozeß heranzuführen“. Begleitende Betreuungsmaßnahmen sind nicht vorgesehen.

Nach unseren Recherchen wäre etwa eine Zusammenarbeit mit Trägern der freien Drogenhilfe durchaus möglich, diese auch hierzu bereit – ein entsprechendes Interesse der Justiz hieran ist aber offensichtlich nicht vorhanden. Die Abhängigen werden verwahrt und weitgehend sich selbst und den Dealern überlassen. Ein vom ehemaligen Justizsenator Hardraht vorgesehener Spritzentausch kam nach Boykott insbesondere der Personalvertretung der Bediensteten nicht zustande – als Alibiveranstaltung gibt es einen solchen inzwischen in einer offenen Anstalt, der JVA Neuengamme. Eine Gesundheitsfürsorge oder etwa Prophylaxe findet nicht statt, dies gilt auch für die Gefahr von HIV oder Hepatitis. Als „Vorsorgemaßnahmen“ sollen hier ein Aushang im Sanitätsbereich und eine Zwangsuntersuchung auf HIV bei Einlieferung in die Untersuchungshaft ausreichen. Als Insassenvertretung fordern wir umgehend:

- die rückhaltlose Umsetzung der Maßnahmen, die die vom ehemaligen Justizsenator Hardraht eingesetzte Untersuchungskommission bereits im Februar 1995 vorgeschlagen hat.
- die Einführung des kostenlosen Spritzentausches in der Anstalt II sowie allen anderen Strafanstalten, in denen dies notwendig ist.
- die Ausweitung der Substitution einschließlich einer wirklichen psychosozialen Betreuung für die substituierten Gefangenen.
- die Schaffung einer wirklichen Zusammenarbeit mit Trägern der freien Drogenhilfe und anderen mit der Betreuung befaßten Institutionen und Behörden.
- eine ärztliche Betreuung einschließlich prophylaktischer Maßnahmen, die diesen Namen verdienen; dies schließt die Ablösung der gegenwärtigen Anstaltsärztin ein. Insassenvertretung d. JVA

weiteten Einsatz der Bundeswehr im ehemaligen Jugoslawien nicht zuzustimmen.

Ein solcher Einsatz bedeutet nach der Auffassung der Friedensgruppen und Initiativen keine Hilfe für die betroffenen Menschen, sondern diene allein dem militärpolitischen Ziel der Bundesregierung, die Interventionsfähigkeit der Bundeswehr auszubauen und dafür ein Übungsfeld zu schaffen.

Stattdessen fordert die Friedensbewegung eine Friedenspolitik, die diesen Namen verdient, mit ausschließlich zivilen Mitteln: Keine Abschiebung der Flüchtlinge, umfassende zivile und humanitäre Hilfe für Flüchtlinge und wirtschaftlichen Wiederaufbau in allen Landesteilen.

Auf ihrer jährlichen Konferenz befaßten sich die VertreterInnen von ca. 30 Friedensinitiativen und -organisationen aus ganz Baden-Württemberg vor allem mit dem derzeit laufenden Ausbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee und dem dazu laufenden milliardenschweren Aufrüstungs- und Beschaffungsprogramm. 200 Milliarden DM seien dafür über das Jahr 2000 hinaus bereits jetzt fest eingeplant.

Insbesondere der laufende Aufbau der sogenannten Krisenreaktionskräfte

KSK in Calw verdeutlicht nach Ansicht der Friedensbewegung die Zielsetzung des derzeitigen umfassenden Aufrüstungsprogramms. Zudem orientierte sich die neue Truppe ausdrücklich an der Tradition einer vergleichbaren Einheit der Naziwehrmacht, für deren Veteranen sie eine „Patenschaft“ übernommen hat. Die Friedenskonferenz rief deshalb zu einem baden-württembergischen Ostermarsch am Ostermontag 1997 nach Calw, dem Standort dieser KSK auf.

Friedensnetz Baden-Württemberg

250 demonstrierten gegen Naziterror

Kaiserslautern. 250 Menschen nahmen an der Demonstration unter dem Motto „Schluß mit lustig – Raus aus der Defensive – Kampf dem Faschismus auf der Straße, in den Behörden und Betrieben“ teil. Somit kann diese Demonstration als Erfolg gewertet werden und zeigt einmal mehr, daß die zunehmende Präsenz von Faschisten nicht länger hingenommen wird. Bei guter Stimmung zog der Demonstrationszug vom Polizeipräsidium, (wo sich der Gedenkstein für die Opfer des Faschismus befindet) zunächst durch die Eisenbahnstraße und an-

schließend durch die Fußgängerzone, wo auch die PassantInnen ihr Interesse bekundeten. Die Demonstration verlief friedlich und endete ohne Zwischenfälle in der Altstadt. Auf der Schlußkundgebung gingen das antifaschistische Bündnis Kaiserslautern (ein Zusammenschluß verschiedener AntifaschistInnen aus Kaiserslautern) und der Redner von der K-Butt noch einmal speziell auf die aktuelle Situation in Kaiserslautern ein. In einem Beitrag vom Komitee für internationale Solidarität (KL) wurden die internationalen Verflechtungen von Staatsorganen, faschistischen Organisationen und Todeschwadronen in den Mittelpunkt gestellt. Ein Mitglied der IG Metall stellte den Zusammenhang zwischen neoliberaler Wirtschaftspolitik und Rassismus her, wobei er die scheinbar neutralen Begriffe von Globalisierung und Neoliberalismus als knallharten Klassenkampf von oben entlarvte, dem die internationale Solidarität der ArbeiterInnen und anderer sozialer Bewegungen entgegengestellt werden müsse.

Das Schlußwort hatte ein ehemaliger KZ-Insasse, heute Mitglied der DKP, der einen Zusammenhang zwischen der Situation in der Weimarer Republik und heute herstellte und dabei die Rolle des

Kapitals in den Vordergrund stellte. In eindringlicher Weise appellierte er an die Anwesenden, daß sie sich gegen die zunehmende faschistische Entwicklung offensiv zur Wehr setzen sollen, damit sich die Geschichte nicht wiederholt.

Antifaschistisches Bündnis
Kaiserslautern



Die Samstagsmütter von Istanbul sind mit der Carl-von-Ossietsky-Medaille ausgezeichnet worden, die seit Anfang der 60er Jahre von der Internationalen Liga für Menschenrechte vergeben wird. Zur Zeit finden auch in der Bundesrepublik zahlreiche Aktionen der Samstagsmütter statt, so z.B. am 30. November in Stuttgart und bis 14.12. jeden Samstag in Köln. jbd

Bonn hat entschieden – ist nun alles zu spät?

Konrad Scheringer (PDS MdL in Thüringen) zum weiteren Widerstand gegen die Bonner LAG-Novelle

Mit der Mehrheit der Regierungsparteien hat der Bundestag am 8. November das berüchtigte „Landwirtschafts-anpassungsgesetz“ verabschiedet, mit dem die Zerstörung der LPG-Nachfolgegesellschaften erleichtert werden soll (wir berichteten). Die Thüringer Zeitung „UNZ“ sprach darauf mit dem landwirtschaftspolitischen Sprecher der PDS im Landtag, wie der Widerstand gegen das Gesetz weitergehen soll. Wir dokumentieren Auszüge.

Scheringer: ...Nun hat sich in Bonn eine geringe Mehrheit über die vielen fachlichen und sachlichen Einwände der Betroffenen hinweggesetzt und in unverantwortlicher Weise bestimmten Kreisen im Westen den Weg geebnet, um den Kampf um den Boden im Osten noch einmal zu eröffnen. ...

UNZ: Nun haben aber die Ministerpräsidenten der neuen Bundesländer einstimmig beschlossen, dafür zu sorgen, daß durch den Bundesrat beim Vermittlungsausschuß Einspruch eingelegt wird. Es ist also noch nicht alles zu spät?

Scheringer: Notwendig ist, daß die Landesregierung auf die westlichen Bundesländer, die noch dagegen sind, einwirkt, um sie mit ins Boot zu bekommen, was wohl bei der doch so unterschiedlichen Interessenlage sehr schwer wird ... Wir kämpfen schlichtweg um den Erhalt der Existenzgrundlagen der Menschen auf dem Lande und auch um Gerechtigkeit, egal für welche Partei der einzelne ist. Es geht um den Erhalt der bäuerlichen Unternehmen, um die breite Streuung des Eigentums, wie es die CDU immer fordert, um den Erhalt der Tierhal-

tung und damit der Arbeitsplätze ...

UNZ: Die Bonner Verteidiger der Novelle erklären aber, daß sie ja nur die Interessen der Mitglieder der ehemaligen LPG vertreten?

Scheringer: Diese gleichen angeblichen Beschützer verhinderten bei der 1. Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes im Bundestag die Anerkennung der Inventarbeiträge als Forderungen der LPG-Mitglieder an die LPG, wie es die PDS schon damals gefordert hatte ... Es geht diesen Leuten ja auch gar nicht um die Mitglieder, es geht ihnen um die Neuverteilung der Pachtverhältnisse im Osten. Es geht um unseren Boden. Nur auf diesem Weg kann das Kapital West den Boden Ost noch holen.

UNZ: Und das werden sie wohl durchpeitschen. Gibt es dann überhaupt noch politische Möglichkeiten dagegen einzuschreiten?

Scheringer: Wenn auch die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß keinen Erfolg bringen, könnte die Landesregierung eine Normenkontrollklage einreichen. Sie könnte in letzter Konsequenz gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ländern oder allein den Rechtsweg nach Artikel 44 (Rechtswahrung) des Einigungsvertrages beschreiten, das heißt, auf seine Einhaltung zu klagen.

Es genügt nicht, nur immer mit dem Finger auf Bonn zu zeigen, so machtlos ist die Thüringer Landesregierung nicht und wir sollten ihr in diesem Sinne auch den Rücken stärken.

(aus: UNZ Nr. 24/96)

Im Hintergrund: Alteigentümer und Bodenreformland ...

„Justizminister gegen Sonderrecht für Bodenreformland

Für ehemaliges Bodenreformland in Ostdeutschland sollte nach Auffassung von Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) kein Sonderrecht gelten. In einem Zeitungsbeitrag forderte der Minister, entgegen dem Einigungsvertrag von 1990 auch für die Flächen, die zwischen 1945 und 1949 nach sowjetischem Besatzungsrecht enteignet worden waren, die Rückgabe nach dem Vermögensgesetz zu ermöglichen. Das entspreche dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes.“ (aus: Handelsblatt, 3. Dezember 1996)

Sechs Jahre kämpfen Belegschaft und Betriebsrat des SKET Magdeburg schon ums Überleben. Oder besser gegen die Treuhänder und ihre Nachfolgerin, die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Denn nun scheint dort klar zu sein, daß der größte Maschinenbaubetrieb Ostdeutschlands gefünfelt – wie man rheindeutsch sagt – filetiert werden soll.

Genau dagegen hatte sich Bundeskanzler Kohl bei seinem letzten Aufenthalt, – allerdings nicht aus Anlaß der SKET-Proteste – in Magdeburg ausgesprochen! Das ist jetzt vergessen. Oder konnte sich der Kanzler nicht durchsetzen?

Wahrscheinlicher erscheint, daß das Versprechen ein übliches Wahlversprechen war, an das er sich schon nicht mehr gern erinnert.

Jedenfalls erfuhren Magdeburger SKET-Werker, die nach Bonn gefahren waren, um einen Protest mit 13.000 Unterschriften im Bonner Kanzleramt zu

Erst verkohlt – und dann iro(ira-)nisiert?

Für SKET Magdeburg kommt nach sechs Jahren nun das Aus

übergeben, daß – wie der Bonner Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Lu-



dewig meinte – die Arbeitnehmer die Chance für eine bessere Lösung verpaßt hätten, nämlich als sie eine Teilung des Werkes ablehnten.

Aber zu diesem Zeitpunkt hatte Helmut Kohl sein „Machtwort“ von der Unteilbarkeit des Werkes gerade gesprochen. Also erst verkohlt und dann noch beschuldigt – ironisiert!

Nach und nach skelettiert, wird das Unternehmen nun in fünf wirtschaftlich selbständige Betriebe aufgeteilt, für die die BvS Käufer sucht. Selbst die Bildung einer Holding ist nicht einmal vorgesehen.

Das genau sagte der PDS-Gruppenvorsitzende im Bundestag Gregor Gysi den SKET-Beschäftigten in Bonn: Die Privatisierung der Betriebe im Osten vor ihrer Sanierung ist der Hauptgrund für ihren Niedergang.

Im Falle des SKET jedoch ist offensichtlich, daß ein moderner Betrieb als

Konkurrent unschädlich gemacht werden soll. Jedenfalls sollen nur ganze 3,3 Prozent der früher im SKET Maschinenbau-Kombinat Beschäftigten übrigbleiben. Mehr als 1.400 Arbeiter und Angestellte werden in Beschäftigungsgesellschaften aufgefangen.

Neue Hoffnung keimte vorige Woche auf, als Vertreter des Iran auftauchten und informelle Gespräche über SKET führten. Der Iran hatte zu DDR-Zeiten von SKET mehrere Walzwerke bauen lassen.

Regierungsstellen Sachsens-Anhalts allerdings erklärten, daß es bisher nur ein sehr vages Angebot sei, was von iranischer Seite gemacht werde. Keinesfalls könne die Vorstellung aufrechterhalten werden, daß SKET als Ganzes verkauft werde.

Selbst wenn das alles nur ein Beruhigungsmittel für die Belegschaft oder für die ansonsten hilf- und machtlose Landesregierung ein Ausweichmanöver ist, bleibt letztlich nur übrig, daß es SKET in seiner bisherigen Form nicht mehr geben wird. (abc)



Bild: Protestaktion von „WIPianern“ am 2. Dezember vor dem Roten Rathaus in Berlin

WIP abgewickelt

Nur noch 15% der Wissenschaftler der früheren DDR-Akademien werden nach dem 31.12. weiter gefördert

Zuletzt berichteten wir in den Politischen Berichten Nr. 20/96 über das Wissenschaftler-Integrations-Programm (WIP). Hier nun der aktuelle Stand aus Berlin.

In Berlin, das weit mehr als ein Drittel der im WIP Beschäftigten übernommen hatte, stehen ab 1.1.1997 jährlich nur noch 8,375 Millionen DM (weniger als 20 Prozent der bisherigen Summe) zur Verfügung, je zur Hälfte finanziert aus Bundesmitteln (Hochschulsonderprogramm III) und aus Landesmitteln. Aber selbst dieses geringe Summe steht nicht nur den WIPianern zur Verfügung. Auch andere konnten sich um Gelder aus dem HSP-III-Topf „Förderung innovativer Forschergruppen in den neuen Ländern“ bewerben und taten dies auch. So sollen außeruniversitäre Forschungseinrichtungen (z.B. Institut für Angewandte Chemie Adlershof, ACA) und private Unternehmen (z.B. Schering) von der Senatsverwaltung sogar explizit aufgefordert worden sein, Anträge zu stellen. Staatssekretär Thies begründete dies mit einer Obhutspflicht zumindest gegenüber dem ACA.

Ob auch Private gefördert werden, ist noch nicht heraus. Weitgehend fest steht jedoch, daß von den rund 100 Beschäftigungsstellen, die aus den 8,375 Millionen DM finanziert werden können, nur

etwa zwei Drittel an die Hochschulen gehen werden, obwohl dort die überwiegende Mehrheit der WIPianer ist. Somit werden von den gegenwärtig noch 446 WIPianern in Berlin nur etwa 65 weiterhin gefördert.

Dabei könnte man den Umfang der Fördermittel verdoppeln, wenn Berlin, wie Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt, weitere Mittel zur Verfügung stellen würde. Aufgrund der Aktivitäten der WIPianer hat nämlich der Bundestagsausschuß für Bildung und Forschung und inzwischen auch der Haushaltsausschuß beschlossen, weitere 12,5 Mio. DM jährlich zu zahlen, wenn die gleiche Summe von den neuen Bundesländern – wie beim HSP III auch – kofinanziert wird.

Anträge von PDS und Bündnis 90/Die Grünen, diese Mittel (knapp 4,2 Mio. DM jährlich) zur Verfügung zu stellen, wurden jedoch schon im Wissenschaftsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses mit den Stimmen von CDU und SPD abgelehnt.

Verabschiedet wurde lediglich ein Prüfauftrag bis zum 31. Dezember 1996. Was diese Prüfung auch ergeben mag: so oder so bedeutet dies für die überwiegende Mehrheit der WIPianer am Jahresende der Gang zum Arbeitsamt und für ihre Forschungsarbeit das Aus. (har)

MELDUNGEN AUS BETRIEBEN UND GEWERKSCHAFTEN

Streikaktion bei Züblin

Verschiedene Firmen der Bauwirtschaft kürzen ihren Angestellten und Polieren die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und das 13. Monatseinkommen. Die IG BAU in Stuttgart hat jetzt in einem offenen Brief an den Vorstandsvorsitzenden der Baufirma Züblin AG mitgeteilt:

Sehr geehrter Herr Hinrichs,
am Freitag, dem 6.12.96, haben etwa 150 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um 9.30 Uhr die Arbeit unterbrochen, um gegen die tarifvertragswidrigen Kürzungen beim 13. Monatseinkommen und der Entgeltfortzahlung zu demonstrieren.

Die Firma Züblin ist die einzige Firma der Unternehmensgruppe Walter, die das 13. Monatseinkommen nicht entsprechend dem Tarifvertrag an ihre Mitarbeiter auszahlt. Mit diesem Verhalten stellt sich die Firma Züblin ins Abseits. Die demonstrierenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben uns beauftragt, Ihnen mitzuteilen, daß sie den Verzicht von einem Drittel des 13. Monatseinkommens nicht hinnehmen werden und sollte der Vorstand der Firma Züblin sein Verhalten nicht ändern, das fehlende Geld einklagen werden.

Wir fordern Sie auf: Nutzen Sie die Chance zur Umkehr! Halten Sie sich an Tarifverträge!

Bitte, denken Sie bei Ihrer Entscheidung auch daran, welchen Schaden Sie Ihrem Unternehmen in der Öffentlichkeit hinnehmen. Es ist mit weiteren Protestkundgebungen und Arbeitsniederlegungen zu rechnen.

Mit freundlichen Grüßen, IG Bau-
Agrar-Umwelt, Bezirksverband Stuttgart, Hartmut Zacher.

Laue Bußgelder

„Die Tatbestände sind recht klar“, sagt das Stuttgarter Gewerbeamt. Bei der Razzia auf der Deyhle-Musical-Baustelle wurde festgestellt, daß Subunternehmer der Arbeitsgemeinschaft Rohbau Bauarbeiter illegal und zum Teil ohne Entlohnung beschäftigt und Sozialversicherungsbeiträge nicht abgeführt hatten. Jede der drei beteiligten ARGE-Firmen soll nun nach inoffiziellen Informationen 20 000 Mark Bußgeld blechen, was in Anbetracht der Größe der Baustelle und der Zahl von 200 illegal beschäftigten Bauarbeitern normal sei. Die Subunternehmer sollen mit ein paar Tausendern wegkommen. Es bestätigt sich: Bauunternehmer, die mit der Not ihre Geschäfte machen, werden nicht hart angefaßt.

Die illegale Beschäftigung am Bau steigt im gleichen Maße, wie die Zahl der sozialversicherten und tariflich bezahlten Arbeiter abnimmt. In Stuttgart sank die Zahl der Bauarbeiter innerhalb eines Jahres um 1 593 Stellen auf 22 926.

Die abgeschobenen türkischen Arbeiter auf der Musical-Baustelle sind nicht nur um ihren Lohn betrogen worden, sie haben auch noch 2000 Mark für die Vermittlung der Knochenjobs bezahlt. Das Regierungspräsidium sagt, sie könnten jederzeit ihren Rechtsanspruch geltend machen. Ja wie denn, oder organisiert das Regierungspräsidium die Rechtshilfe?

(ulk)

Erfolg für Burda-Beschäftigte

Für 13 von 1 130 LohnarbeiterInnen gilt wieder der normale Tarifvertrag. 13 Beschäftigte des Burda Druckhauses in Offenburg können ab jetzt wieder unter tariflich gesicherten Zuständen arbeiten. Einem Vergleichsvorschlag des Of-

fenburger Arbeitsgericht stimmten jetzt sowohl die klagenden LohnarbeiterInnen wie der Burda Verlag zu. Für weitere 1 100 Beschäftigte jedoch gilt weiterhin eine miserabile Betriebsvereinbarung.

Zum Hintergrund der Auseinandersetzung: Seit Mitte März 1996 wurde bei Burda Offenburg über eine neue Betriebsvereinbarung verhandelt, die für die ArbeiterInnen eine enorme Verschlechterung beinhaltet: Abkoppelung von dem geltenden Manteltarifvertrag, die Arbeitszeit sollte um 4 Stunden verlängert werden, diverse Sonderleistungen sollten gestrichen werden, eine Reihe weiterer Schikanen waren vorgesehen. Obwohl den Beschäftigten die Vereinbarung zu dem Zeitpunkt nicht schriftlich überlassen wurde, haben die meisten die Betriebsvereinbarung unterschrieben. Nur 13 Wackere lehnten dies ab und klagten gegen den Vorgang. Die Geschäftsleitung versuchte nicht einmal, mit der IG Medien einen Kompromiß auszuhandeln, die Gewerkschaft wurde von der Einflußnahme ausgeschlossen. Eine Klage dagegen verzögerte sich, weil die Vereinbarung nicht schriftlich vorlag.

Das Hauptargument, mit dem Burda die ArbeiterInnen unter Druck setzte, war der Verlust der Arbeitsplätze in Offenburg. 400 Leute müßten entlassen werden, wenn nicht der Tarifvertrag bei Burda außer Kraft gesetzt würde. Gleichzeitig wurde bekannt, daß Aufträge des Darmstädter Werks von Burda nach Vieux-Thann (Elsaß) und Offenburg verlagert werden sollen, was bedeutete, daß die Leute in Darmstadt arbeitslos werden und in Offenburg für weniger Geld mehr gearbeitet werden soll.

Auch dem Offenburger Betriebsrat war dies bekannt, doch er handelte nach dem St.-Florian-Prinzip: Hauptsache, wir erhalten unseren Arbeitsplatz.

Die IG Medien stand also vor einer schwierigen Situation, denn ihr muß es um den Erhalt aller Arbeitsplätze gehen; sie stellte fest: „Die Burda-Bilanzen sehen seit Jahren hervorragend aus; wirtschaftlich gibt es keine Notwendigkeit, Betriebe zu schließen oder Beschäftigte zu entlassen. Tatsächlich hat die Geschäftsleitung das auch nie gegenüber dem Betriebsrat sachlich nachgewiesen. Es drängt sich der Verdacht auf, daß die Drohung auf Streichung von 400 Arbeitsplätzen benutzt wird, um einer ganzen Belegschaft rechtswidrig unbezahlte Arbeit und hohe Einkommensverluste zu verordnen.“

Weitere Auswirkung des kapitalistischen Schulterschlusses in Offenburg: bei Bekanntwerden der Burda-Vereinbarung wurden die seit Januar 1996 laufenden Verhandlungen über Maschinenbesetzung und beschäftigungssichernde Maßnahmen bei Springer Tiefdruck in Ahrensburg sofort eingestellt. Der dortige Betriebsratsvorsitzende spricht daher über Burda von einem „betriebsgeorgistischen Akt, der nur dazu dient, den Flächentarifvertrag außer Kraft zu setzen“. Im Laufe des Verfahrens wurde die Auffassung der IG Medien voll bestätigt, daß die Bilanzen des Unternehmens hervorragend aussehen. Ganz anders argumentierte die Geschäftsleitung. Sie behauptete gegenüber dem Betriebsrat, daß sich im ersten Halbjahr 1996 ein Verlust von 20 Mio. DM ergeben hätte. Nichts davon stimmte. Die Beschäftigten, die aufgrund dieser falschen Aussagen der Verschlechterung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zugestimmt hatten, sind jetzt stinksauer. Sie sprechen jetzt von arglistiger Täuschung durch den Konzern.

(aus az Freiburg)

Mehrere Haustarife mit 100%

Nach zwei Wochen Streiks in der Süßwarenindustrie

Bis zu zwei Wochen wurde in der Süßwarenindustrie für die volle Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gestreikt.

Die ersten Streiks begannen mit der Nachtschicht am 24. November um 22 Uhr bei Nestlé in Hamburg (1 000 Beschäftigte). In den Frühschichten legten die Beschäftigten von Bahlens/Barsinghausen (1 447) und Bahlens/Lindau (1 43) die Arbeit nieder, ebenso bei Wissoll (1 158). Ab dem 27. November wurde bei Bahlens/Berlin (340) und Bahlens/Varel (419) gestreikt, ebenso Kinkartz KG in Würselen (290).

Am 27. November fanden Sondierungsgespräche zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaft statt. Weder hierbei noch in den 30 Stunden Verhandlung vom 29. November bis 1. Dezember kam es zu einem akzeptablen Angebot seitens der Unternehmer.

Daraufhin wurde am 2. Dezember der Streik ausgeweitet. In Norderstedt trat die Belegschaft von van Houten (550) in den Arbeitskampf und in Lübeck die von Niederegger (311). Bundesweit befanden sich seit diesem Montag noch zehn weitere Süßwarenbetriebe mit 4 925 Beschäftigten im unbefristeten Streik, insgesamt 19 Betriebe mit 10 583 Beschäftigten.

Per einstweiliger Verfügung wollten bei Niederegger und van Houten die Ge-

schaftsleitungen den Streik verbieten und die Gewerkschaft zu Schadensersatzleistungen heranziehen. Das Arbeitsgericht Lübeck gab der Geschäftsleitung von Niederegger recht, in Neumünster (van Houten) dagegen der NGG. Beide Fälle gehen jetzt vor das Landesarbeitsgericht.

Nachdem die Manteltarifverhandlungen abgebrochen wurden, kam es nach und nach zu Haustarifen. Unter dem Druck der Belegschaften mußte auch Bahlens einen Haustarif unterschreiben. Als federführender Betrieb im Unternehmerverband wird es sie besonders geschnitten haben.

Abgeschlossen wurde eine 100%ige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, auch bei Kuren erfolgt keine Anrechnung von Urlaub. Der Pferdefuß: Die volle Lohnfortzahlung greift erst nach sieben Monaten Betriebszugehörigkeit. Damit sind alle Saisonkräfte ausgeschlossen.

(jub)



Arbeitsplatz- und Tarifbilanz fehlt



Mit viel Prominenz wurde Mitte Oktober im Heilbronner Unterland der Gewerbe- und Industriepark Bad Friedrichshall (GIF) eingeweiht. Obwohl das 30 Millionen teure Projekt ausschließlich dem finanzstarken Audi-Konzern dient, brauchte dieser nur 630 000 DM selbst zu bezahlen, das sind lasche zwei Prozent der Gesamtsumme. Diese 630 000 DM sind der Anteil des Konzerns am Gesellschaftskapital der GmbH. Begründet wird das starke „öffentliche finanzielle Engagement für Audi“ mit dem Totschlagargument „Arbeitsplätze“. Angeblich wurden bis jetzt 230 Arbeitsplätze im GIF „geschaffen“. Wieviel Arbeitsplätze dadurch bei Audi direkt wegrationalisiert wurden (z.B. im Kabelbau) und wieviel bei den vorherigen Standorten der Zulieferbetriebe, das ist bis heute nicht öffentlich bekannt. Eine Arbeitsplatzbilanz für das Projekt gibt es nicht.

Ebensowenig gibt es eine konkrete Bilanz der tariflichen Absicherung dieser 230 GIF-Arbeitsplätze. Aus der IG Metall war zu hören, man wolle verhindern, daß dort vor den Werkstoren von Audi eine tarifvertragsfreie Wildwestzone entstünde. Eine Stellungnahme des Audi-Betriebsrats oder der IG Metall ist bisher nicht bekannt. Wollte man die Einweihungsfeierlichkeiten nicht stören? Im redaktionellen Teil der Festchrift (Sonderöffentlichung der Heilbronner Stimme, 11.10.) lassen sich einige Anhaltspunkte finden über die Arbeitsbedingungen: So ist die Rede von „Verzicht auf überkommene Tarifregelungen“ und von „tarifangepaßten Löh-

nen“. Der Zulieferer „schreibt die Flexibilität in die Arbeitsverträge seiner Mitarbeiter“. „Laufen die Bänder, arbeiten auch sie, stehen sie still, bleiben sie zu Hause. Und wenn ihr Arbeitgeber aus der Lieferantenliste fällt, dann ist auch die Arbeit im GIF weg.“ Metalltarife werden bei der Rhenus AG oder bei der Seerber Kunststoff GmbH sicher nicht bezahlt. Aus gewerkschaftspolitischer Sicht bleibt der Industriepark auf jeden Fall umstritten, auch wenn der Betriebsrat und die IG Metall dies zur Zeit nicht öffentlich thematisieren.

Aus kommunalpolitischer Sicht ist die Äußerung von Peter Knoche, Bürgermeister von Bad Friedrichshall und ehrenamtlicher Geschäftsführer der GIF GmbH, interessant: Er sprach von einem „Projekt im Grenzbereich zwischen öffentlicher Aufgabe und privatwirtschaftlicher Betätigung“ (Heilbronner Stimme, 14.10.). Brisant daran ist, daß „privatwirtschaftliche Betätigung“ für Kommunen eigentlich verboten ist. Das Industrieprojekt also im Grenzbereich der Illegalität? Peter Knoche sagte auch über die wirtschaftlichen Aussichten der zur Zeit noch stark verschuldeten GIF GmbH: „Wir werden keine großen Gewinne machen, aber das ist auch nicht angestrebt“ (HSt, 11.10.).

Privatwirtschaftliche Betätigung ohne Gewinnaussichten, sozusagen als Bütteldienste für einen finanzstarken Konzern, der dann mit Hilfe dieser Dienste seine Profite und Dividenden erhöht, so sollte kommunale Wirtschaftstätigkeit tatsächlich nicht aussehen. (jom, Kommunale ALLtag)

100% Lohnfortzahlung, Beschäftigungssicherung und VIELLEICHT etwas Geld

IG Chemie will ihrem Sozialpartner auch künftig die Wange hinhalten

Der folgende Beitrag illustriert unter dem Eindruck der Diskussionen bei den BASF-Vertrauensleuten die Vorgaben, unter denen die IG Chemie in die diesjährigen vorgezogenen Tarifverhandlungen eingestiegen ist und agiert. Mittlerweile hat die erste Verhandlung – erwartungsgemäß ohne Ergebnis – stattgefunden. Bei dieser Verhandlung bezifferte die IG Chemie die Geldforderung auf 2,7% für den Produktivitätszuwachs und 1,5% für den Inflationsausgleich. Inzwischen hat die IG Chemie im Kautschuk-Tarifbereich einen Abschluß getätigt, der neben 1,7% ab 1.7.97 mit dann 12 Monaten Laufzeit zwar die 100% Lohnfortzahlung festschreibt, jedoch mit bis zu 350 DM Abzugsmöglichkeit vom zusätzlichen tariflichen Urlaubsgeld (je Tag 35 DM, pro Krankheitsfall max. 5 Tage). (KI Mannheim)

Nachdem der IG Chemie klar wurde, daß der „Sozialpartner“ mit der Kürzung der Lohnfortzahlung auf 80% ernst machen wird, weil es nun mal nicht anders im Manteltarifvertrag festgelegt ist, drängte sie auf vorgezogene Manteltarifverhandlungen. Die Chemie-Unternehmer willigten ein unter der Voraussetzung, daß die Lohnfortzahlung zusammen mit den Lohntarifen für 1997 verhandelt werden. So gibt es jetzt in der Chemiebranche eine vorgezogene Tarifrunde. Jeder kann sich ausmalen, was dies für die Lohnerhöhung bedeuten wird.

Die Forderungsempfehlung des IG-Chemie-Hauptvorstands las sich entsprechend. Zentraler Punkt müsse die Sicherung der 100%igen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sein. Die Lohnerhöhung solle sich an der Produktivitätssteigerung und der Inflation orientieren. Beileibe nicht an den hohen Gewinnen etwa von BASF, Bayer oder Hoechst, denn – so der IG-Chemie-Vorsitzende Schmoldt – in den kleinen und mittleren Betrieben, wo zwei Drittel der Chemiebeschäftigten arbeiten, „seien die Unternehmensgewinne oft schlechter“. (Rheinpfalz, 13. Nov.). Eine bezifferbare Forderung wird erst gar nicht aufgestellt, schließlich sei der wichtigste Punkt die Lohnfortzahlung (Terbrack am 7.11.96 in Ludwigshafen).

Als dritten Punkt empfahl der IGCPK-Hauptvorstand erneut, die „Beschäftigungssicherung“ in den Tarifvertrag aufzunehmen. Bekanntlich hat die IG Chemie nach dem Abschluß 1996 im März diesen Jahres die kümmerliche Lohnerhöhung von zwei Prozent (bei einer Forderung von 6%) mit der Durchsetzung von Beschäftigungssicherungsvereinbarungen, die 25 000 Arbeitsplätze in der westdeutschen Chemiebranche bringen würden, gerechtfertigt. Auf dem Papier hatte sie lediglich eine vage Absichtserklärung des Chemiearbeitgeberverbands auf einen Stillstand des Beschäftigungsabbaus von Juli 1996 bis 28. Februar 1997 im Durchschnitt aller Chemiebetriebe, ein teuer bezahltes „Bündnis für Arbeit“. Sie hatte einen „Blankoscheck“ ausgestellt (Rheinpfalz), die Frankfurter Rundschau redete etwas harscher von einem „Etikettenschwindel“ der IG Chemie.

In den Bilanzpressekonferenzen Anfang November 1996 erklärten alle drei Vorstände der großen Chemiekonzerne, daß ab 28. Februar 1997 wieder kräftig an der Kostenschraube gedreht werden müsse, das Moratorium könne nicht verlängert werden, weiterer Stellenabbau sei notwendig. „Gute oder wachsende Unternehmensgewinne (dürfen) uns nicht den Blick für die Notwendigkeiten verstellen“, sagte Bayer-Chef Manfred Schneider. Ins gleiche Horn stießen Hoechst und die BASF. Der Bayer-Vorstand hat „klare, meßbare und machbare Ziele“ definiert, nämlich den ungeheuren Anspruch nach einer Umsatzrendite von 15 Prozent und eine Eigenkapitalrendite von 20 Prozent. Diese Profitziele muß man an vergleichbaren Zahlen messen: Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung prognostiziert für dieses Jahr eine durchschnittliche Umsatzrendite für das gesamte Verarbeitende Gewerbe von 0,7 Prozent. Der langjährige Mittelwert lag bei 2,2 Prozent (Frankfurter Rundschau, 12.11.96).

Den Gewinn vor Steuern konnte Bayer in diesem Jahr um 12 Prozent erhöhen, die BASF um 8,8% und Hoechst um 65% (wegen Verkäufen von Arbeitsgebieten und Anteilen). Diese Angaben beziehen sich auf die Gesamtkonzerne. „Wir haben uns konsequent

an den Erfordernissen des Kapitalmarktes orientiert“, so der Finanzvorstand von Hoechst. Der BASF-Vorstand setzt nach Verkäufen, Ausgliederungen etc. große Erwartungen auf das nächste Geschäftsjahr: „1997 können wir dann aus strategisch verbesserter Position durchstarten“. (Rheinpfalz, 14.11.96). Die Aktienkurse aller drei Chemiegi-ganten kletterten in den letzten Monaten auf nie gekannte Höhen. Die Zahl der Beschäftigten ist in allen drei Aktiengesellschaften gegenüber dem Vorjahr um 0,8% bei der BASF, 3,6% bei Bayer und 13% bei Hoechst gesunken, noch mehr im Gesamtkonzern.

Was brachte der Tarifvertrag 1996?

Nun fragt sich also, wo sind die 25 000 Arbeitsplätze, die laut den Flugblättern der IG Chemie entstehen sollten? Wieviel Langzeitarbeitslose, für die die Einstelltarife um 10% gesenkt wurden, bekamen einen Arbeitsplatz? Nach den von der BASF veröffentlichten Zahlen wurden von Januar bis September 1996 ganze 34 Arbeitslose, davon ca. 15 Langzeitarbeitslose eingestellt. Das sind 0,08 Prozent der Belegschaft in Ludwigshafen. Damit kommt die BASF kumuliert auf 93 eingestellte Arbeitslose seit 1995 und hat damit die Forderung des Tarifvertrags nach Einstellung von 10% mehr Langzeitarbeitslosen (= 96 Personen kumuliert) im September bereits fast erfüllt. Man bedenke, daß für derart bescheidene „Erfolge“ gegen die Arbeitslosigkeit Tarife nach unten aufgebrochen wurden.

Auf genaues Einhalten und Überprüfen der Versprechen der Arbeitgeber wollte die IG Chemie achten. Hat sie's getan? Man weiß es nicht. Andererseits hat man den Chemieunternehmen, wie obiges Beispiel zeigt, ja auch nicht viel abgefordert, aber dafür viel bezahlt. Der Tarifexperte aus dem Hauptvorstand, Terbrack, gab auf diese Fragen keine Antwort auf der Vertrauensleutenvollversammlung in Ludwigshafen am 7. November 1996. Dafür beglückte er die Versammelten mit ganz neuen Erkenntnissen, daß nämlich die Chemiearbeiter sich in Fragen der Lohnfortzahlung zum „Erfüllungsgehilfen der Bundesregierung“ machen lassen.

Bayer-Vorstand Schneider war da der Realität etwas näher, als er erklärte: „Wir wollen den Spielraum nutzen, der durch gesetzliche Veränderungen bei den Lohnzusatzkosten eröffnet worden ist. Stichwort: Lohnfortzahlung und Fehlzeiten. Schließlich sei nicht nachvollziehbar, daß jahrelang über die dringend notwendige Verringerung der Nebenkosten diskutiert und dann nichts getan werde, wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen worden sind“. (FR, 6.11.96).

Kritisiert wurde auf der Ludwigshafener Versammlung der Verzicht, eine konkrete Lohnforderung aufzustellen; kritisiert wurde auch, daß die Beschäftigten für einen vorübergehenden Personalabbau „lebenslang auf Prozente“ verzichten müssen; daß ein solcher Tarifvertrag „nichts bringt“, stattdessen sei die IG Chemie gefordert, ein langfristiges Konzept zur Beschäftigungssicherung vorzulegen.

Terbrack verteidigte den letztjährigen Abschluß mit nur einem Argument: Dieser habe 13% mehr Ausbildungsplätze gebracht; und hatte die Politik (!) mitgespielt, wäre das Bündnis für Arbeit eine echte Chance gewesen.

Die Tarifforderung 1997

Die Forderungsempfehlung der Vertrauensleuteleitung der BASF AG wurde mehrheitlich verabschiedet. In Erweiterung der Hauptvorstandsempfehlung wird darin eine Realloohnerhöhung als Ziel angegeben. Terbrack wies darauf hin, daß dies eine zweistellige Lohnerhöhung erforderlich machen würde. Die einen Tag später tagende Tariff Kommission Rheinland-Pfalz und Saarland übernahmen den Beschluß von Ludwigshafen:

„1. Sicherung der 100%igen Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Keine Kompensation mit Zeitanrechnung, wie z.B. Jahresurlaub, Arbeitszeitverkürzung, Gleitzeit usw.“

2. Steigerung der Entgeltsätze unter Berücksichtigung der Preissteigerungsrate und Produktivitätsentwicklung. Ziel ist die Realloohnerhöhung. Bei der Erhöhung der Ausbildungsvergütung ist darauf zu achten, daß ein Festgeld-DM-Betrag für alle Ausbildungsjahre erzielt wird.

3. Steigerung der Ausbildungsplätze und Beschäftigungssicherung von Auszubildenden. Übernahme wie in den vergangenen Jahren regeln; Beibehaltung des runden Tisches für Arbeitsmarktfrauen. Dabei sind auch Beschäftigungsperspektiven für die am Arbeitsmarkt Benachteiligten zu berücksichtigen (Modell Ludwigshafen).

4. Die Laufzeit der neuen Tarifverträge über Entgeltsätze und Ausbildungsvergütungen sollte nicht mehr als 12 Monate betragen.

Darüber hinaus sind in der Organisation nachfolgende Grundsatzforderungen zu bearbeiten:

- Erhalt des Flächentarifvertrages, - Entwicklung eines langfristigen Konzeptes zur Beschäftigungssicherung“.

Mit welch hohem Grad an Kompromißbereitschaft man sich jetzt auf die Lohnfortzahlung zu konzentrieren gedenkt, hat der Vorsitzende der IG Chemie in einem Redaktionsgespräch mit der Rheinpfalz am 12. November 96 angedeutet: Trotz des rauheren Klimas wolle man an der Sozialpartnerschaft festhalten, stellte er klar.

Die IG Chemie präsentiert sich als Standortvorteil

„Wichtigste Ziele der Gewerkschaften seien die Festschreibung der hundertprozentigen Lohnfortzahlung für Kranke und Fortschreibung des Beschäftigungspakts.“ Es gebe „viele betriebliche Möglichkeiten, den Krankenstand weiter zu senken. Dadurch könne die Fehlzeitenquote, die derzeit bei 5,3 Prozent liege, um etwa 2 Prozentpunkte gesenkt werden. Das wiederum brächte Einsparungen von rund 800 Millionen DM, das Doppelte dessen, was durch die Einschränkung der Lohnfortzahlung erreicht werden könne. „Die Lohnfortzahlung hat einen hohen Symbolwert. Wenn die Arbeitgeber hier Erfolg haben, machen sie bei anderen Sachen weiter“, sagte Schmoldt (...). Die IG Chemie sei mit ihrer gemäßigten Politik „einer von vielen Standortvorteilen“, der chemischen Industrie in Deutschland. In einer sehr stark globalisierten Branche wie der Chemie würden radikale Gewerkschaftspositionen nur zu Produktionsverlagerungen ins Ausland führen, sagte Schmoldt“. (Rheinpfalz, 13.11.96)

(ede)

Politik hilft Kapital

Die IG Medien Vertrauensleute Süddeutschen Verlag kritisieren neue Kündigungsrichtlinien:

In der berechtigten Wut und Empörung über das sogenannte Sparpaket der Kohlregierung ist das neue „Arbeitsrechtliche Beschäftigungsförderungsgesetz“ in den Hintergrund geraten. Kalkülreue werden darin einige wichtige Schutzgesetze für die Arbeiter und Angestellten angegriffen, wie z.B. Betriebsverfassungsgesetz, Kündigungsschutzgesetz. Es ist seit dem 1. Oktober in Kraft. Das folgende Beispiel zeigt, wie der Süddeutsche Verlag dieses Gesetz in die Tat umsetzen will: In der Vorstufe soll der massive Personalabbau mit einem Interessenausgleich geregelt werden. Die Geschäftsführung legte am 16.8.96 einen von Peter Schuck (Personalleitung) formulierten Sozialplan-Entwurf vor. Völlig neu darin sind sogenannte „Kündigungsrichtlinien“, in denen nicht mehr soziale Gesichtspunkte bei einem Personalabbau entscheiden,

sondern „berechtigte betriebliche Belange“. Das alles dominierende Kriterium lautet darin: „Der Arbeitnehmer ist unverzichtbar“. Darüber hinaus gibt es noch Zusatzpunkte für hervorragende Leistungen, „große fachliche Qualifikation“, „vorbildliches Verhalten“, „große Flexibilität“, außergewöhnliche Zuverlässigkeit. Liegen die „Voraussetzungen einer krankheitsbedingten Kündigung vor“, gibt es 160 Punkte Abzug. So viele Punkte wären maximal durch soziale Auswahl zu erreichen. Der SV legte den Entwurf noch vor dem „Beschäftigungsförderungsgesetz“ vor und testet, wie weit Unternehmer gehen können. Nach § 1 Abs. 3 des Kündigungsschutzgesetzes gelten neben der Sozialauswahl auch betriebliche Belange. Wenn es also nicht zu einer gemeinsamen solidarischen Gegenwehr kommt, wird der Betriebsrat alleine machtlos sein. Der SV-Geschäftsführungsentwurf ist auf Spaltung angelegt - junge gegen ältere Beschäftigte. Wer sich dabei Chancen ausrechnet, wird bald den nächsten Spaltungsversuch erleben.

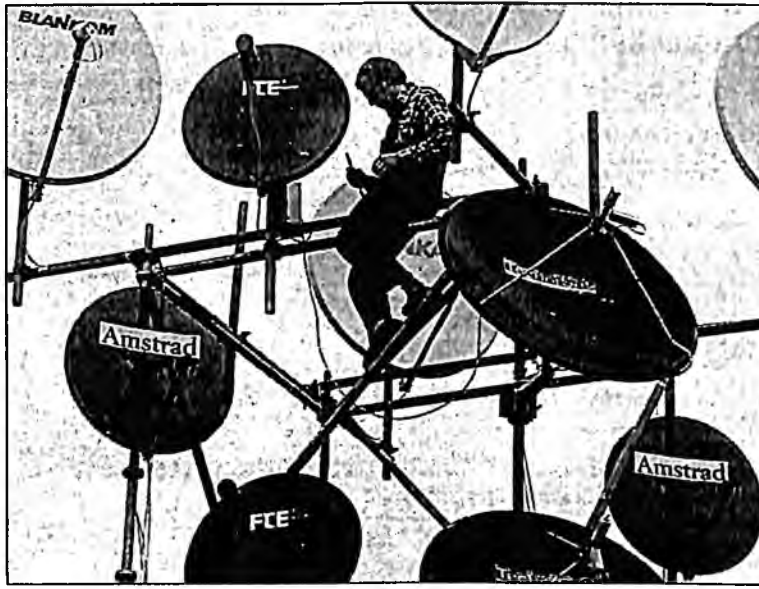
Ich möchte begründen, in welchem Sinne sich diese Frage mit „Ja“ beantworten ließe.

1. Zur Beobachtung sozialen Wandels weist der Soziologe Lars Clausen ein dreidimensionales Modell aus. In diesem Modell ist eine Revolution dadurch charakterisiert, daß der soziale Wandel rapide, radikal und von säkularisierten-rationalen Erklärungen begleitet verläuft (vgl. Clausen 1994, S. 49). Der Begriff Revolution bezeichnet insofern eine charakteristische Phase innerhalb der sozialen Evolution. Er macht das Neue am Neuen kenntlich, indem sich der Blick auf den Bruch gegenüber dem Alten richtet.

2. Die Veränderungen in der Technik, insbesondere im Bereich der digitalen Informationsverarbeitung, geschehen gründlich und rasch. Noch bis etwa in die Mitte der 60er Jahre hinein waren weder die massenhafte Computertisierung noch die Vorteile graphischer Benutzeroberflächen oder die Dynamik verteilter Informationssysteme vom Schläge des WorldWideWeb absehbar. In den 80er Jahren zeichnete sich der ökonomische Zwang zur Vernetzung von Computern bereits ab. Einerseits führte sie wie beabsichtigt zum Ausbau einer exzellenten Logistik (u.a. Lean-Production), andererseits koppelte sich, vermutlich nicht beabsichtigt, das E-Cash vom Buchgeld (vgl. Altwater 1996) ab. Weder die militärisch- noch die wissenschaftlich-motivierte Vernetzung, die beide an der Wiege des 1969 geborenen Internet standen, erzeugten einen vergleichbar starken Vernetzungsdruck.

Entwicklungen wie diese darf man sicherlich als neu bezeichnen, einerseits. Andererseits – zieht man als Maßstab die Technisierung der Kommunikation und die Informatisierung der Arbeit heran, stehen diese Entwicklungen in der Tradition der industriellen Revolution. Insofern setzen die Computernetze die Industrialisierung insbesondere im Bereich des tertiären Sektors (aus dieser Perspektive läßt sich abgeklärt hinzusetzen: lediglich) fort. Wie einst der Buchdruck mit beweglichen Lettern (vgl. Giesecke 1990) oder die Werkzeugmaschine (vgl. Marx 1867) wirken Computernetze im Bereich der Dienstleistungen, der Wissenschaft, Justiz, Politik und Kultur als Katalysatoren für neue Formen der Organisation. Die Industrialisierung im Bereich der Informationsproduktion geschieht klassisch durch Einführung von übergreifenden Standards für Informationseinheiten (Stichworte: EDI, SGML oder HTML, JAVA(-Applets)) und der Arbeitsteilung bei der Erstellung dieser Informationseinheiten (Stichworte: CSCW, Groupware). Die Programmierung von Programmen geschieht dabei unter Anwendung von Programmen, die auf netzweit verteilte Bibliotheken zugreifend Programme erstellen (Stichworte: CASE-Tools, OOP).

Ein schwerwiegender Unterschied zwischen der derzeitigen Phase der Industrialisierung und dem Beginn der industriellen Revolution besteht darin, daß heute Zeit, Raum und Funktionen nicht mehr zentralistisch wie damals in einer Fabrik zusammengezogen werden, um vernetzte Kooperationen zu ermöglichen. Deshalb entsteht bei den von der Industrialisierung derzeit Betroffenen keine sinnlich gestützte Vorstellung und keine auf Anwesenheit basierende Kommunikation über die gemeinsam geteilte soziale Situation insgesamt, die noch im 19. Jahrhundert zur Gründung von Parteien und Gewerkschaften und damit zur gesamtgesellschaftlichen Demokratisierung beitrugen. Mit diesem



Moderne Kommunikationstechnologien – eine Revolution?

Ist es angemessen, die sozialen Auswirkungen von Computernetzen als „revolutionär“ zu bezeichnen?

Die hier abgedruckten Beiträge wurden im Herbst u.a. für eine Diskussion im Rahmen der PDS Kiel erstellt, die sich aus dem Interesse einiger Mitglieder an der näheren Befassung mit Chancen und Risiken der Nutzung moderner Kommunikationstechnologien ergab. An einer Diskussionsveranstaltung nahmen über 30 Leute teil; einzelne Aspekte sollen weiter diskutiert werden, insbesondere im Hinblick auf Konsequenzen für die 1998 anstehenden schwierigen Wahlkämpfe. Der Einleitungsbeitrag stammt von Martin Rost, Kieler Soziologiestudent und Herausgeber diverser Bücher zum Internet.

Entsinnlichungs-Effekt haben derzeit politische Organisationen zu kämpfen, weshalb sie um Sinnfälligkeit ringen (wie man z.B. am amerikanischen Wahlkampf beobachten kann). Aber gerade wegen der Raum-/Zeit-/Funktionselementkopplung ist zur Koordination modernster Kommunikationstechnik, die sich durch Polydirektionalität auszeichnet, notwendig. Dieses Angewiesensein auf moderne Kommunikationstechnik gilt nicht nur für Betriebe und Organisationen, sondern für die Gesellschaft insgesamt.

Von je her interessieren ökonomisch an Menschen in industrialisierten Gesellschaften vor allem deren bislang noch nicht billiger technisierbaren kognitiven Talente. Routinearbeiten aus dem Bereich nicht-trivialer Mitteilungsverarbeitung werden verstärkt auf Computer übertragen, weshalb ökonomisch fortan noch intensiver die Abschöpfung von Intelligenz, Kreativität und eigenständiger Urteilsfähigkeit bei Mitarbeitern im Vordergrund stehen muß. Der Zugriff auf unberechenbare, grenzenlose, mit geringen Transformationskosten belastete Kommunikationen, wie sie Computernetze ermöglichen, ist dafür funktional. Wer versucht, Kommunikation zu unterbinden, zu überwachen oder einseitig zu steuern, muß sich fortan stärker denn jemals zuvor rechtfertigen. Auch für betriebsintern operierende Intranets wird vermutlich der Legitimationsdruck auf Entscheidungen insgesamt zunehmen, sobald moderne Kommunikationstechniken

eingeführt sind (vgl. erste Beobachtungen: Zuboff 1988, zuletzt: Lange 1996). Insofern nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, daß auf Basis der Netze Diskurse entstehen, die auch vor allgemeinen politischen und delegitimierenden Diskursen nicht Halt machen. Aus dieser Sicht lösen die Netze das ein, was Brecht in seiner aus den 20er Jahren stammenden, damals zu optimistischen Radiotheorie (Brecht 1967) vermutete.

Im Netzevernetzungsnetz Internet zeigte sich bereits, daß Zensur auszuüben, zumindest auf nationalstaatlichem Niveau, praktisch in diesem Medium nicht durchführbar ist. Sobald Kommunikationen zunächst eingeschränkt wurden, indem der Zugang zu Newsgroups oder WWW-Servern gesperrt wurde (Stichwort: Kinderpornographie, radikale politische Propaganda, Bombenbau), entfachte dies auf anderen Kanälen, und zwar nicht nur im Netz, Kommunikationen genau über diesen Umstand. Sobald ein Loch gestopft war, brach es woanders noch heftiger wieder durch.

Auf der Sollseite dieser Durchindustrialisierung der Gesellschaft steht vermutlich die Zunahme des Zwangs zur Kreativität und Originalität. Die Entfaltung dieser bislang zumeist als erstrebenswert geltenden Kompetenzen muß fortan einem Arbeitsplatz nicht mehr abgerungen werden. Statt dessen wird vielmehr der erzwungene Aufenthalt permanent an der Grenze der intellektuellen Leistungsfähigkeit zum Problem. Kreativ sein zu dürfen ist nur

dann ein Privileg, wenn das Fließband die Alternative ist. So wie Waldbrände mit Gegenfeuer bekämpft werden, so gilt es, die Kommunikationsanforderungen, die durch die neuen Techniken entstanden sind, mit deren Hilfe zu bändigen. Dazu gehört insbesondere die Entwicklung von Routinen zur Vermeidung, Bewertung/Selektion und Steuerung (Stichwort: Intelligent Agents) von Kommunikationen.

Auch ist nicht damit zu rechnen, daß sich die Einsicht in die Rationalität einer ungehinderten, demokratischen Kommunikation, die einerseits die Produktivität verbessert und andererseits an den derzeitigen politischen Machtverhältnissen rüttelt, automatisch durchsetzen wird. Noch ist nicht abzusehen, welcher politischen Seite es zuerst gelingen wird, die neuen Techniken zur Formung einer wirkungsvollen Kraft für sich nutzbar zu machen. Ein Blick in die Sozialgeschichte der Industriegesellschaften verurteilt Optimismus aber immerhin nicht von vornherein zur Narretei.

An drei Beispielen läßt sich der aktuelle Stand der politischen Auseinandersetzungen, die sich an den modernen Informations- und Kommunikationstechniken bereits entzündet haben, ablesen: ☐ In den Regelungen zum Urheberrecht wird trotz der Reformbemühungen nach wie vor an dem einzelnen Urheber und dessen persönlicher, geistiger Schöpfung angesetzt. Die dort getroffenen Regelungen sind jedoch praxisfremd, wenn Original und Kopie ununterscheidbar geworden sind, die Herstellung von Kopien vernachlässigbar wenig kostet und die Kopplung von Rechten an die materiale Seite eines Produkts (vgl. Barlow 1995) unsinnig geworden ist. Sehr viel konsistenter, aber nicht in die traditionelle politische Landschaft passend, wäre da ein konsequenter Ausbau des kollektiven Ansatzes, der sich gewissermaßen trotz allem ja bereits durchgesetzt hat. So werden Verwertungsgesellschaften wie die GEMA und die VG-Wort derzeit kräftig ausgebaut und neu strukturiert (Stichwort: Multimedia-Clearingstelle).

Legt man einen größeren Maßstab an, erhalten Konzeptionen zur „allgemeinen Grundsicherung“ (vgl. Vobruba 1990), wie sie bereits Mitte der 80er Jahre entwickelt und einer ersten breiteren politischen Diskussion unterworfen waren, eine ganz neue Plausibilität.

☐ Schnüffelsoftware erlaubt die Überwachung des E-mail-Verkehrs von Mitarbeitern (vgl. Schmitz 1996). Dezent und deshalb wirkungsvoller ist der, bislang nur durch die Moral des technischen Betreuers eingeschränkte Zugriff auf die beim normalen Netzbetrieb ohnehin anfallenden Verkehrs- (wer kommuniziert in welcher Form und Intensität mit wem?) und Inhaltsdaten.

Bei der anstehenden Debatte zur Verbesserung des Datenschutzes und der informellen Selbstbestimmung in den Netzen könnte die Abwägung der widersprüchlichen Kollektiv- und Einzelinteressen parteipolitisch quer zu den gewohnten Bahnen liegen. Dadurch entstünde eine „neue Lebendigkeit“ des etablierten politischen Diskurses, womöglich analog zur ökologischen Debatte, die begann, das Rechts/Links-Schema porös zu machen.

☐ Einige Staaten (Frankreich, Rußland, China) verbieten den Einsatz sicherer Verschlüsselungstechniken (Stichwort: PGP). Andere Staaten tun sich hervor mit Versuchen, den Zugriff auf Newsgroups und WWW-Server zu unterbinden (Deutschland, Singapur, China).

An diesen Konflikten sind Anfang 1996 in Deutschland Selbsthilfeorganisationen entstanden: die ECO (Electro-

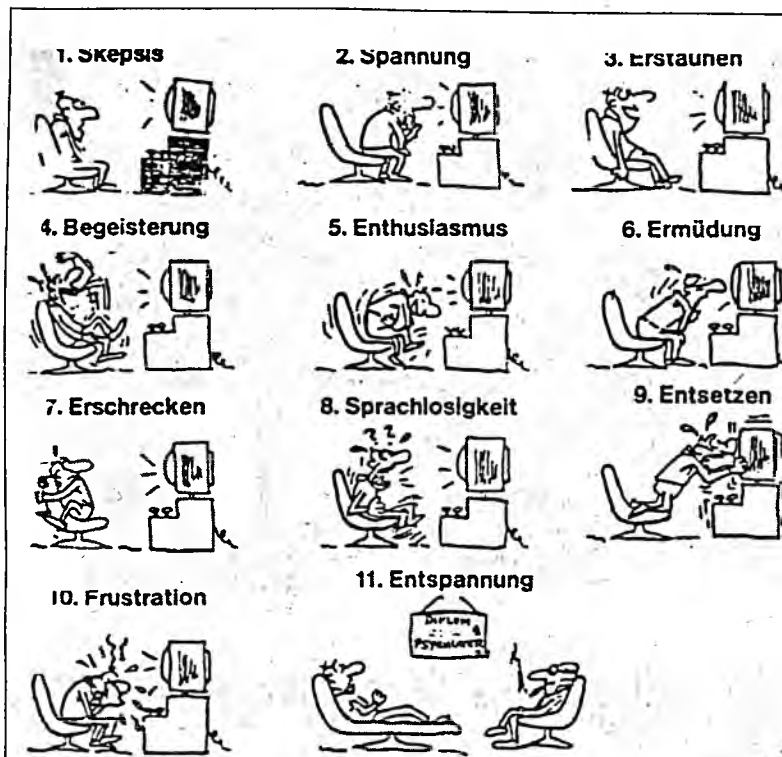
Fortsetzung nächste Seite

nic Commerce Forum) als Zusammenschluß von Internet-Providern und die FITUG (Förderverein Informationstechnik und Gesellschaft) als Zusammenschluß von Internet-Anwendern. Während die politischen Interessen der Internet-Provider aus Furcht vor Strafverfolgung derzeit die rechtliche Einbettung des Internet umkreisen und sie nicht für die Inhalte, die sie transportieren, zur Rechenschaft gezogen werden können wollen, kämpft die FITUG für den Erhalt der liberal-bürgerlichen Rechte auf freien Zugang zu Informationen.

3. In die Entwicklungslogik einer industriellen Revolution eingepaßt, liegt es nahe, von einer derzeit durch Technik wieder beschleunigten Revolution innerhalb der industriellen Revolution zu sprechen. Wenn mittels der vollständigen Durchindustrialisierung der Gesellschaft die Industrielle Revolution abgeschlossen wird, ließe sich sogar zugespitzt von einer Revolution der Revolution sprechen, die nachfolgend einen neuen, wieder verlangsamten Alltag unter gänzlich veränderten Umständen und neuen Gewißheiten erwartbar werden läßt. Die Zunahme von Abstraktionen durch die Universalisierung des „Programmiers“ dürfte dabei nur die eine Seite sein. Auf der anderen Seite wird vermutlich, und zwar auf Basis der Durchindustrialisierung, eine antiindustrielle Romantik blühen.

Literatur

- Altwater, E., 1996: Globale Finanzinnovationen, privates Computergeld und sozialisierte Schulden; in: Prokla 103 - Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 26. Jg., Juni 1996
- Barlow, J.P., 1995: Wein ohne Flaschen - Globale Computernetze, Ideen-Ökonomie und Urheberrecht; in: Bollmann, St. (Hrsg.), 1995: Kursbuch Neue Medien - Trends in Wirtschaft und Politik, Wissenschaft und Kultur, 2. durchgesehene Auflage 1996: Bollmann Verlag: 79-106
- Brecht, B., 1967: Gesammelte Werke, Bd. 18, Frankfurt/M.: Suhrkamp: 129f
- Clausen, L., 1994: Krasser sozialer Wandel, Opladen: Leske und Budrich



- Giesecke, M., 1990: Der Buchdruck in der frühen Neuzeit. Eine historische Fallstudie über die Durchsetzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Lange, B., 1996: Kings of Mail - Wie E-mail Unternehmenshierarchien aufweicht, in: iX 1996/10: 90-92
- Marx, K., 1867: Das Kapital - Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, Frankfurt/M. 1976: Verlag Marxistische Blätter
- Rost, M. (Hrsg.), 1996: Die Netz-Revolution - Auf dem Weg in die Weltgesellschaft, Frankfurt/M.: Eichborn-Verlag
- Schmitz, U., 1996: in: iX 1996/11: (unveröffentlicht, ist angekündigt in iX 1996/10: 173)
- Vobruba, G., 1990: Strukturwandel der Sozialpolitik - Lohnarbeitszentrierte Sozialpolitik und soziale Grundsicherung, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Zuboff, Sh., 1988: In the Age of the Smart Machine, New York

Kritische Bemerkungen. Ein überarbeiteter Diskussionsbeitrag zu der oben vorgetragenen Position

Die positive Konnotation des Wörtchens Revolution fordert Anmerkungen heraus, die sich aus der Betrachtung der autoritär strukturierten Öffentlichkeit in der modernen bürgerlichen Gesellschaft ergeben. Hoffnungen auf die Geburt nach dem Schwangergehen der alten Gesellschaft mit dem Neuen infolge etwa technischer Entwicklungen können hinterfragt werden darauf, wie weit sich hier nicht eher klientelgeprägte temporäre Ausbruchversuche abbilden, die in nur neuen Arten von Karriere münden. So findet sich in der kritischen

jungen Intelligenz, denen sich Öko/Bio-technologie schon als vorbesetzt darstellt, die Vorstellung von der Befreiung (in der individualisierten Gesellschaft eine andere gibt es ja nicht) mit neuer „sauberen“ und „intelligenten“ Mitteln. Sozusagen vom Infoladen zum Internet-Café. Übel wäre die neuerliche vereinnahmende Verquickung mit tatsächlichen oder angeblichen Herausforderungen, die sich für den Widerstand von unten stellen, also meistens für eine ganz andere soziale Klasse und ihre Organisationen, die verräterischerweise schon jetzt und später vielleicht auch nicht mehr in den beschworenen „Kommunikationen“, auftauchen – was vermeintliche Sprecher anlockt. Es soll nicht gegen den Versuch geschossen werden, mittels Spaß und Erfahrung mit neuer Technik linke Politik auch umzugestalten, aber es ist ein Gefahrenbereich auszuleuchten: Herrschende Eliten konnten immer wieder technische Umwälzungen ganz im Sinne einer inneren Kolonisierung der Gesellschaft so sozial wirksam werden lassen, daß Ausgebeutete und ihre Gegenäußerungen hernach noch ausgeschlossener vom bunten Treiben der „Öffentlichkeit“ waren. Aber auch beglückende Entwürfe von kreativitätsstrotzenden Zukunftsarbeitsplätzen trüben schnell nach in unserer Erfahrungswelt, auf wessen Rücken und zu wessen Nutzen technische Neuerungen noch stets betrieblich durchgesetzt wurden, wenn nicht organisierte Interessenvertretung dagegenstritt.

Dagegen sind aber, auch das ist ja Erfahrung, Schritte möglich – bedenkenwerte können sich ergeben aus der offenen und polarisierenden Diskussion mit guten Freunden der neuen Technik.

Reize

Das Wort Polydirektionalität (frei: Fluß in mehrere Richtungen) verschafft Hoffnung, wenn man das Funktionieren von Informationsströmen in der bürgerlichen Öffentlichkeit verfolgt oder sich auch einfach nur über die Untauglich-

TERMINE

1997

- 2. bis 5. Januar: Linke Winterschule in Schnepfenthal (vgl. nebenstehende Übersicht).
- 17./19. Januar: PDS-Parteitag, Schwerin.
- 2. März: Kommunalwahlen in Hessen
- 8./9. März: Frühjahrsarbeitstreffen der Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung im Raum Heidelberg. U.a. Bericht der neuen Redaktion, Bericht der Genossen, die der DKP beitreten wollen. Infos und Anmeldungen bei der KAZ-Redaktion, Schwanthalerstr. 139, 80339 München.
- 14., 15. und 16. März: Marxismus an der Schwelle zum 21. Jahrhundert: Bilanz und Perspektiven. Bundesweite, offene wissenschaftliche Tagung an der Uni Hannover (Conti-Hochhaus, Königswörther Platz 1. Initiator: Joachim Bischoff (Hamburg), Frank Deppe (Marburg), Uwe-Jens Heuer (Berlin/Bonn), Heinz Jung (Frankfurt/M.), Fred Schmid (München/Essen). Infos bei: Marxismus-Tagung, c/o IMSF e.V., Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/Main.
- 15./16. März: Frühjahrstagung der Bundeskonferenz BWK in Köln.
- 22./23. März: Kommunalpolitische Konferenz der PDS in Leipzig.
- 31. Mai: Öffentliches Jahrestreffen von Redaktion und Herausgeberkreis des „Kurdistan-Rundbriefs“ in Köln-Riehl, Jugendgastehaus, An der Schanz.
- 20.-31.8.: UZ-Presefest in Dortmund

Linke Winterschule vom 2. bis 5. Januar 1997 in Schnepfenthal

Wann und wo?

Anfang Januar findet zum zehnten Mal die von der ARGE Konkrete Demokratie - Soziale Befreiung getragene Linke Schule in Schnepfenthal statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Die Kurse beginnen am Donnerstag, den 2.1.1997, um 14.00 Uhr und enden je nach Vereinbarung am Sonntag, den 5.1., gegen Mittag, so daß An- und Abreise am Donnerstag bzw. Sonntag möglich und damit nur zwei Urlaubstage zu nehmen sind.

Wie stets findet die Schule im Hotel Hermannstein, Am Hermannstein 12 (Tel. 0 36 22 / 29 17) statt. Der Ort ist zu erreichen:

- mit dem Auto von der A4 Abfahrt Waltershausen und etwa 6 km in Richtung Friedrichroda; in Schnepfenthal nach der Bahnschranke die Hinweisschilder auf „Hotel Hermannstein“ beachten;
 - mit der Bahn: entweder umsteigen in Fröttstädt (auf der Strecke Eisenach-Gotha) in den Zug Richtung Friedrichroda; Schnepfenthal hat einen eigenen Bahnhof; oder umsteigen in Gotha und die Thüringerwaldbahn benutzen. Vom Bahnhof Schnepfenthal sind dann noch etwa 900 m zu laufen.
- Die Tagungsstätte liegt landschaftlich sehr schön. Die Unterbringung erfolgt in Bungalows in Zweibettzimmern (wahlweise etwas preisgünstiger in Dreibettzimmern). Die Kosten für die Übernachtung plus Vollpension lie-

gen bei ca. 60 DM (vegetarische Kost ist möglich, wenn dies bei der Ankunft abgesprochen wird).

Anmeldungen für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

- aus den westlichen Bundesländern bei: Jörg Detjen, c/o GNN Verlag Köln, Zulpicher Straße 7, 50674 Köln, Tel. 0221 / 21 16 58; Fax 0221 / 21 53 73. (telefonisch nur bis zum 18. Dezember 1996, danach nur noch brieflich oder per Fax).

- aus den östlichen Bundesländern bei: Dieter Strützel, Otto-Worms-Str. 19, 07549 Gera, Tel. 03 65 / 7 10 19 88.

Wir bitten um (verbindliche) Anmeldung möglichst bis zum 18. Dezember.

AG Wirtschaft

Regionale Wirtschaftsräume, regionales Wirtschaften: Geschichte, Theorie - aktuelle Politik?

Derzeit wird eine Literatursammlung zusammengestellt, die den Teilnehmerinnen und Teilnehmern rechtzeitig vor Beginn der Winterschule zugehen soll.

AG Geschichte

Zur Geschichte der Rätebewegung. Von der Münchener Räterepublik bis zu Lenins Tod.

Quellenhinweise: Lenins Staatstheorie und die Sowjets (Lenin: Staat und Revolution, Gruß an die ungarischen Arbeiter, Die große Initiative, Der „linke Radikalismus“ ..., Materialien vom X.

Parteitag der KPR (B) (nach dem Kronstädter Aufstand) und Naumow: Lenins Vermächtnis, Agentur Nowosti, Moskau 1988.

AG Philosophie

Logik und Zwang.

Bei der Abschlussschulung des Sommerkurses, in dem u.a. Texte der deutschen Philosophie des 19. Jahrhunderts unter dem Gesichtspunkt der Entstehung des systematischen Antisemitismus verhandelt worden waren, entstand das dringende Bedürfnis zu einer Auseinandersetzung mit philosophischen Schriften namentlich Hegels, die für die Begründung von Ideologie und Sendungsbewußtsein des deutschen Reiches und des deutschen Imperialismus eine Rolle spielten.

Dabei waren wir übereingekommen, daß eine solche Auseinandersetzung vorbereitet werden muß. Jetzt im Winter wollen wir deswegen Texte u.a. von Aristoteles, Descartes und auch schon Hegel heranziehen, um zu schauen, wie sich philosophisches Denken in strengen Formen entwickelt hat, und ob und wie sich ein Zusammenhang von zwingender Logik und Logik des Zwanges entwickelt.

Über die passenden Texte wird zur Zeit noch diskutiert. Eine Mitteilung wird leider erst mit der Ausgabe Nr. 26/96 dieser Zeitung, d.h. in 14 Tagen möglich sein und dann an dieser Stelle abgedruckt werden.

keit eingekaufter Waren ärgert. Die Einseitigkeit der Austeilung der Information/Werbung hat sich zunächst im historisch entstandenen Internet nicht so auf die technische Tatsache, daß die Leitung in zwei Richtungen arbeitet, heraufzwingen lassen. Es ist da möglich, auf demselben Kanal Produktkritik oder Schelte behaupteter Tatsachen zu üben. Auf diese Möglichkeiten, in sog. News-groups Eigenes reinzuschreiben, zu antworten und von anderen zu lesen, bezieht sich das Verheißungsvolle der Freunde des Internets in der Linken.

Das „neue“ Internet (http-protokollierte grafikgestaltete Seiten) funktioniert da schon ganz anders, hier haben wir wieder das „Angebot“, so konnten sich ungefährlich also auch Tagesschau und mittlerweile fast alles, was einem verkauft werden soll, einfinden.

Freie Kommunikation...

Die ständig im Fernsehen laufende IBM-Werbung suggeriert, daß nun alle alle, schwarz, weiß, alt, jung ... jederzeit miteinander ... kommunizieren können.

Was offen bleibt: Wer spricht zu welchem Zweck und unter welchen gesellschaftlichen Voraussetzungen? Im Betrieb gehorsam, in der Schule untergeben, in der Ehe knifflig, im von den Managern geleiteten Bereich gestochen karriereförderlich. Die versprochene bürgerliche Grundfreiheit kommt aus der formalen nun nicht etwa in die materielle Existenz, weil „Kommunikationen“ leidlich schneller, allgemeiner etc. verlaufen.

Das Internet, das im akademischen Betrieb entstand, übt den Reiz aus, an das Geforschte zunächst nicht gebunden zu sein. So stellen sich auch alle Meinungsäußerungen darin dem Leser dar – als (an sich, ohne Bindung an tragende Gruppen und Strukturen von Benutzern) vorgefundene Brocken, verdäulicher oder unverdäulicher. Mangels verbindendem Geltungsanspruch und Recht auf Gehör kann sich das „Ins-Netz-Stellen“ nicht als demokratische Kommunikation konstituieren. Die totale Freiheit ist mithin eher absehbar nur Bedingung der späteren Verwertbarmachung mittels Vermeidungs- und Bewertungsroutinen bezüglich unerwünschter Kommunikationen. Technische Wege sind noch nicht ganz geklärt, gesetzliche Grundlagen hingegen etwa mit dem neuen Telekommunikationsgesetz schon geschaffen. Dies sieht die Pflicht aller Mailboxbetreiber u.ä. vor, staatlichen Kontrollbehörden jederzeit Zugang zu allen Informationen zu verschaffen, und zwar dergestalt, daß der

Betreiber selbst vom Zugriff nichts merkt. So stellt sich ganz altbacken die Problematik der Bekämpfung staatlicher Datensammelwut. Die bisherige Hilflosigkeit etwa der Bundesanwaltschaft bezüglich der Sperrung des Zugriffs auf die Zeitschrift „radikal“ im Internet drückt hier nur aus, daß die Vorstellung der Ordnung einer gefächterten Kommunikation mittels Gewalt zunehmend absurd ist.

... und Zensur

Daher macht das Wort von der technischen Unmöglichkeit von Zensur im Internet die Runde und die Sache beliebt. Tatsächlich funktioniert aber die Zensur ja auch unter dem Regime des Art. 5 Grundgesetz, der sie verbietet, sozial vermittelt (siehe oben). Das stellt sich natürlich nicht jedem gleich dar, weil auch die kritische Äußerung Beginn eines Erfolgs in der alten Gesellschaft sein kann statt Kenntlichmachung des Neuen im Alten.

Für andere hat sich Nehm, Generalbundesanwalt und damit eigentlich aus öffentlichem Geld bezahlt für das Abarbeiten von Akten, im „Spiegel“ in ganz offener Formulierung geübt: „Ich glaube, daß das Netz immer mehr wirtschaftliche Bedeutung bekommen wird. Dann haben Provider und Anwender ein gesteigertes Interesse, den vielen Schrott aus dem Netz herauszuhalten. Ich setze da ein bißchen auf die Interessen des Marktes. Sollte das jedoch nicht klappen, könnte es sein, daß wir besondere Gesetze brauchen, die die Verantwortung der Beteiligten klarstellen.“

Andersherum nun die These: Es bräuchte gesonderte Gesetze, um das freie Wirken von Markt und Bundesanwaltschaft im Netz einzuschränken. Das Bundesverfassungsgericht hat in der sogenannten Volkszählungs-Entscheidung (BVerfGE 65, 1) ein Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung proklamiert. Es gibt vereinzelt Gedanken, wie hier eine Weiterentwicklung in Richtung eines Rechts auf ungestörte Kommunikation faßbar wäre. Das wird insbesondere noch aktueller, je mehr Bedeutung – wie absehbar – betriebliche „Intranets“ bekommen, in denen die technisch durch Chefüberwachung mögliche Bewertung „persönlicher“ Kommunikation diese endgültig an das Geld bindet. An der Einschränkung des sicheren Zugangs zu Kryptographieverfahren, die Auswüchse durch Abschottung persönlicher Mitteilung durch Verschlüsselung in den Griff bringen könnten, wird in interessierten Behörden und Institutionen gerade gearbeitet. Damit



Info Pool Network
APC / CL-Server Berlin/Brandenburg,
Vernetzung von MUGS, Initiativen,
Gruppen und Verbänden, Betreuung und
Erstellung von WWW-Diensten
in unserem Server-Netz

Mail-, News- und
Internet-Zugänge, Web-Serve-
Dienste, EDV - Support

Erreichbar:
per mail: info@ipn.de
im web: http://www.ipn-o.de
per Tel. u. Fax: 030 / 68834-308
oder auch per snail-mail:
Am Treptower Park 26-30, 12453 Berlin

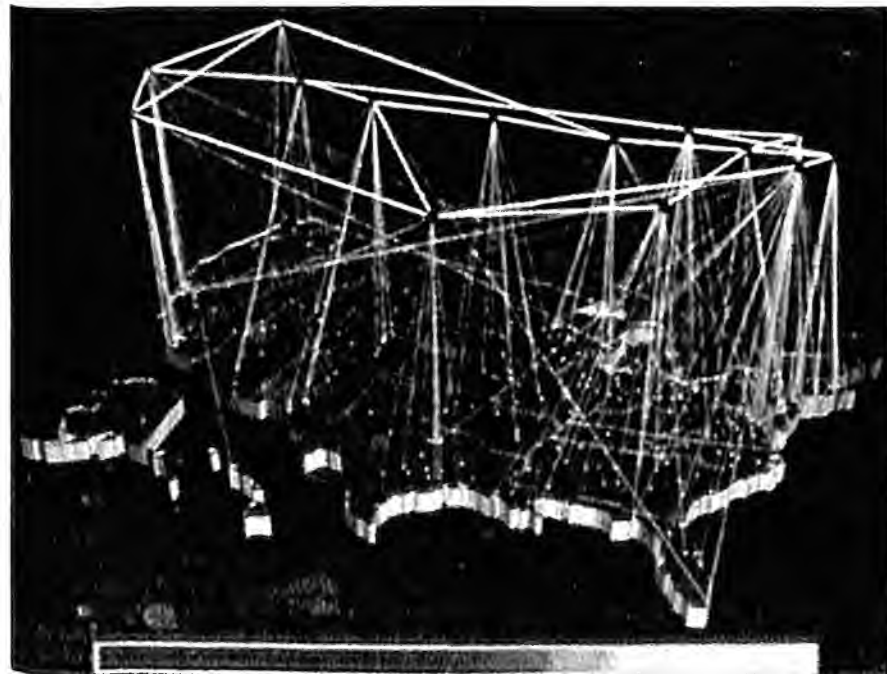
Internet

Mailbox

Anzeige

würde im übertragenen Sinne das Recht, den Briefumschlag zuzukleben, genommen werden.

Die Befassung aus dieser Warte, der Kampf um den Erhalt bürgerlicher Grundfreiheiten, die Zurückdrängung maßloser staatlicher Interventionsrechte bedingt nur scheinbar (und führt z.B. in autonomen Kreisen zu erstaunlichen Sinneswandeln) ein Abkippen in die mutlos gewordene Toleranz von hetzerischen, faschistischen Äußerungen im Netz. Die Kundtuenden können nur wirksam auftreten als Sprecher realer Organisationen und mithin als Aussprecher realer Beleidigungen und Drohungen. Ein Recht auf ungestörte Kommunikation würde, wie übrigens fast alle Grundfreiheiten es unstrittig tun, das negative Recht, nicht durch derlei belästigt zu werden, beinhalten müssen. Das Problem, ein entsprechend auslösbares Recht auf Beistand wiederum nur dem Ermessen der staatlichen Institution anheimstellen zu können, wirkt zwar behinderlich, aber Selbstorganisation von Strukturen/Boxen kann da ganz gute Felder finden, erprobte Regeln des Diskurses verbindlich einzuhalten. Die Verbindlichkeit von Kommunikation ist erst das Kettenglied, das sie sozial wirksam werden läßt. Und diese erfordert zwischen den Kommunizierenden gute Voraussetzungen von Gleichberechtigung, Achtung, Nüchtern, fast freudlos stellt man fest: Die soziale Revolution hat doch nicht stattgefunden durch die Technik. (uga)



Das Internet
begannt mit vier
Militär-Computern
in den USA. Dann
entwickelte es sich
zum amerikani-
schen Universitäts-
netz weiter, später
zum Volksnetz, und
gegenwärtig
wächst es zu einem
wirklich weltum-
spannenden Netz
der Netze
zusammen.

Schöne neue Welt der Datenkommunikation? Internet-Werbung im „T-Online-Magazin“.

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik
– erscheint vierzehntäglich.

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zulpicher Straße 7.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruska, Herbert Stascheit, Hardy Vollmer.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider; für Reportagen und Berichte regional: Jörg Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler; für Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Martin Fochler

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Redaktionsanschrift: GNN-Verlag, Postfach 260 226, 50515 Köln.
Hausadresse GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln,
Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.
Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Konto Nr. 104 19 - 507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78,- DM (Förderabo 130 DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern, Personen in Ausbildung und Arbeitslose: 52,- DM. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.
Druck: Tribune Druck GmbH, 12435 Berlin.

Nachrichtenverbindungen: Berlin: GNN-Verlag, Diefenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41. Hamburg: GNN-Verlag, Palmstraße 24, 22767 Hamburg, Tel. 040 / 38 13 93, Fax: 040 / 3 89 83 31. Hannover: GNN-Verlag, Elisenstr. 40, 30451 Hannover, Tel. 05 11 / 4 58 37 93. Köln: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73. München: GNN-Verlag, Schwanthaler Str. 139, 80339 München, Telefon und Fax: 089 / 5 02 81 12. Schkeuditz (bei Leipzig): GNN-Verlag, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz, Tel. 03 42 04 / 6 57 11, Fax: 03 42 04 / 6 58 93. Stuttgart: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Politische Berichte – zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte

- ☐ 4 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
☐ im Halbjahres- / Jahresabo (39,- bzw. 78,- DM je Einzelabo)
☐ im (Halbjahres)-Förderabo (65,- DM je Einzelabo).
☐ Halb- / Jahresabo für neue Länder (26,- bzw. 52,- DM im Jahr)
☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.
Einsenden an: GNN, Zulpicher Str. 7, 50674 Köln oder an eine regionale Bestelladresse.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

Bankunterschrift:

„Wie vergangen ist die Vergangenheit?“

Mahnmal für die Opfer der NS-Gewalt aus der Heil- und Pflegeanstalt Werneck

Die Einweihung des Mahnmals fand am 24. November 1996 im Schloßpark des Bezirkskrankenhauses Werneck statt.

Der Bezirkstagspräsident begrüßte die anwesenden Gäste und Vertreter des öffentlichen Lebens und verlaß die Grußadressen von MdB Glos (CSU) und MdL Dr. Stockinger (CSU). In seiner Rede betonte er, daß der Bezirk selbstverständlich sofort bereit gewesen wäre, einen Gedenkstein für die Opfer der Euthanasie aufzustellen.

Viele würden es nicht richtig finden, diese über 50 Jahre zurückliegenden Ereignisse wieder aufzuwühlen, aber es sei seiner Meinung nach wichtig, immer wieder gegen die Unmenschlichkeit Stellung zu beziehen. So sei dieses Mahnmal auch kein Schuldvorwurf an einzelne, noch lebende Täter, diese müßten vor sich selbst und vor Gott Rechenschaft ablegen. Doch sei in einem Land, in dem die Menschen jetzt seit 50 Jahren in Demokratie und Frieden lebten, Erinnerung und Mahnung wichtig.

Oberarzt Dr. Schmelter, der maßgeblich an den Nachforschungen beteiligt war, ging auf die Frage ein, ob die Vergangenheit denn wirklich so vergangen ist. Weiter unten zitieren wir aus der Rede.

Nach Oberarzt Dr. Schmelter sprach Paul Heuler, Bürgermeister aus Werneck. Er betonte, daß der Preis der Freiheit in der heutigen Zeit die Wachsamkeit sei. Die Entwicklung der „Sterbehilfe“ in den Niederlanden zeige dies. Er stellt die Frage, ob die Debatte um Abtreibung nicht dieselbe Problematik berühre. „Wenn eine Parteiprecherin sich mit den Worten >Ich habe abgetrieben< prostituiert, ist Wachsamkeit das höchste Gebot“.

Chefarzt Prof. Schottky, Leiter des Bezirkskrankenhauses, sprach von zwei Welten, wenn man sich ansehe, was heute alles für geistig kranke Menschen getan werde. Er sagte, daß kaum Angestellte des Hauses begeistert bei den Euthanasieaktionen mitgemacht hätten, viele hätten sich dem Druck der Verhältnisse gebeugt, und nur wenige hätten begeistert mitgemacht.

Zum Schluß der Veranstaltung bedankte er sich bei den Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen, das die Anteilnahme der Menschen beweise. (anb)

Auszüge aus der Rede von Oberarzt Dr. Schmelter

1939 unterschrieb Hitler die Ermächtigung, „daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann“. Dies war zu einer Zeit, als in Berlin schon Vorbereitungen für eine großangelegte „Euthanasie“-aktion liefen, die mit der Ermordung behinderter Kinder beginnen sollte.

Die Ermächtigung war auf den 1.9.39, den Beginn des Zweiten Weltkrieges, zurückdatiert. Der Kriegserklärung nach außen entsprach also eine Kriegserklärung nach innen.

In Deutschland, aber auch in vielen anderen Ländern, fanden gerade in der Psychiatrie eugenische Überlegungen Anklang: Eugenik als Möglichkeit, über die Regulierung der Fortpflanzung Leid und Krankheit zu bekämpfen ... Ziel war, die als behandelbar geltenden Patienten „aktiv zu behandeln“, die als nicht behandlungsfähig angesehenen durch Verhinderung ihrer Fortpflanzung „weg-zu-behandeln“ ... Im „Ge-

setz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ gelten als Erbkrankheiten: „angeborener Schwachsinn“, Schizophrenie, „erbliche Fallsucht“ (Epilepsie), körperliche Mißbildungen wie angeborener Klumpfuß, angeborene Hüftverrenkung und schwerer Alkoholismus.

Von 1934 bis 1945 wurden etwa 400.000 Menschen auf der Grundlage dieses Gesetzes sterilisiert. Im Bereich des sogenannten Altreiches waren dies 1% der geschlechtsreifen Menschen ... Von 1934 bis 39 wurden 227 Patienten aus Werneck zwangssterilisiert ... Etwa zu dieser Zeit lief auch die beschönigend „Euthanasie“ genannte Ermordung

Die Aktion in Werneck

Im Sommer 1940 wurden die Meldebögen auch in Werneck ausgefüllt ... In Werneck erschien zunächst am 23. September 1940 der Gauleiter Dr. Hellmuth. Er erklärte, er sei befugt, Betriebe und Anstalten zu beschlagnahmen und forderte die nahezu vollständige Räumung der Anstalt Werneck in kürzester Zeit. Bereits 10 Tage später, vom 3. - 6. Oktober 1940, wurden insgesamt 760 Patienten aus Werneck wegverlegt, die Anstalt somit weitgehend geräumt. Aber nur 471, d.h. 62% von ihnen wurden nach Lohr verlegt. Die übrigen (289 = 38%) wurden in außerbayerische Anstalten gebracht. In den Standbüchern



Foto: DÜTSCHKE

psychisch Kranker an. Im Rahmen dieser „Aktion T4“ wurden alle psychisch Kranken des Reiches erfaßt. Hierzu wurden unverfänglich erscheinende Meldebögen an die Heil- und Pflegeanstalten verschickt, in denen neben der Diagnose für jeden Patienten nach Arbeitsleistung und Hospitalisierungsdauer gefragt wurde, und die von den Anstaltsärzten auszufüllen waren. Die Meldebögen wurden über die Zentrale in Berlin unabhängig von jeweils 3 Psychiatern als sogenannten Gutachtern beurteilt, wobei der Meldebogen selbst die einzige Beurteilungsgrundlage war. Psychische Erkrankungen und Minderbegabungen etwa, in Verbindung mit langem Krankenhausaufenthalt und geringer produktiver Arbeitsleistung führten zu einem roten Pluszeichen, gleichbedeutend mit dem Todesurteil; ein blaues Minuszeichen ließ den Menschen am Leben.

Als Obergutachter war der Würzburger Psychiatrie-Ordinarius Prof. Dr. Werner Heyde tätig. Er entschied auch Zweifelsfälle - immer jedoch ohne den Todeskandidaten gesehen zu haben ...

heißt es von 143 dieser Patienten, sie seien in eine „unbekannte Anstalt“ gebracht worden. Der Name wurde mit gutem Grund verschwiegen: Diese Patientinnen und Patienten aus Werneck wurden in der „Euthanasie“-Tötungsanstalt Sonnenstein bei Pirna in Sachsen umgebracht. 146 wurden in die Anstalten Großschweidnitz und Arnsdorf in Sachsen und nach Niedernhart bei Linz transportiert. Diese Anstalten fungierten als sogenannte Zwischenanstalten: d.h. in sie wurden zur „Euthanasie“ bestimmte Patienten verbracht, die dann - mit nur wenigen Ausnahmen - innerhalb von Tagen oder auch Monaten in Tötungsanstalten weiterverlegt und dort in als Duschräumen getarnten Gaskammern umgebracht wurden. Von den nach Lohr verlegten Patienten aus Werneck wurden noch im Oktober und November 42 weitere in Zwischen- und Tötungsanstalten gebracht. D.h. von den 760 Patienten, die Anfang Oktober 1940 Werneck verließen, kamen insgesamt 381 in Zwischen- und Tötungsanstalten, das entspricht 50%. Wir haben von 4 Patienten in Erfahrung bringen

können, daß sie dort nicht umgebracht worden sind - alle anderen Spuren weisen auf die Gaskammern. Die fast vollständige Räumung Wernecks ... diente also nicht nur dem Zweck, das Haus einer anderen Nutzung zuzuführen, sondern war gleichzeitig ein geschickter Coup, die „Euthanasie“ an Wernecker Patientinnen und Patienten zu verschleiern ...

Die Entwicklung von der Forderung nach immer „besseren, sozialeren, gesünderen und glücklicheren Menschen“ zur immer unerträglicher empfundenen Diskrepanz zwischen tüchtigen und hilfsbedürftigen Menschen zur Einschränkung der Fortpflanzung von sogenannten „Minderwertigen“ durch Sterilisierung und schließlich zur konkreten körperlichen Beseitigung von „Ballastexistenzen“, diese Entwicklung läßt sich als der Versuch verstehen, die Soziale Frage zu lösen.

Die Antwort auf die Soziale Frage ist dann die Abschaffung der Unbrauchbaren, Minderwertigen, Leidenden - bis sich die Soziale Frage nicht mehr stellt. Das nationalsozialistische Euthanasieprogramm hat diesen Gedanken mit radikaler Konsequenz auch ausgeführt. Verstärkte therapeutische Bemühungen und Reformbestrebungen kommen dann denen zugute, die als heilbar gelten. Für therapeutisch Unbeeinflussbare bleibt die „Heilbehandlung“ der Ausmerzung. So gesehen besteht ein enger Zusammenhang zwischen Heilen und Töten - auch auf der subjektiven Ebene. Engagiertes, patientenfreundliches Handeln ist in dieser Logik kein Gegensatz zur Ausmerzungsbehandlung ...

Wie vergangen ist die Vergangenheit?

Bewegen uns nicht auch die Fragen nach dem Umgang mit Krankheit, Leiden und Behinderung? Nach dem Beginn des Lebens, nach Sterben und Tod - gerade wenn wir an die Fortschritte der Medizin und ihre Kosten denken? Und an unseren eigenen Tod? Und welche Antworten finden wir?

Der australische Philosoph Peter Singer äußert unverblümt: Ein schwerbehindertes Neugeborenes habe aufgrund seiner Einschränkung nicht den Status einer Person und deswegen kein unantastbares Lebensrecht. Es sei ethisch erlaubt, einen solchen Menschen zu töten. Und er findet hierzulande dabei durchaus Unterstützung, etwa von namhaften Professoren.

Die diese Woche verabschiedete europäische Konvention zur Bioethik erlaubt die fremdnützige Forschung an nicht einwilligungsfähigen Personen. D.h., danach darf an geistig behinderten und dementen Menschen geforscht werden, auch wenn es ihnen selbst nicht nützt. In den Niederlanden ist die Tötung auf Verlangen durch einen Arzt erlaubt, manche Ärzte rühmen sich, diese Art der „Heilbehandlung“ besonders großzügig anzuwenden.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. Offensichtlich ist es manchmal leichter nach radikalen Auswegen zu suchen, als für alle Beteiligten lebbare Umgangsformen mit Unheilbarkeit und Funktionsverlust zu finden, wiederzufinden oder zu entwickeln. Bei dieser Suche nach einem würdevollen Umgang mit dem Leben können wir die Erinnerung an die Opfer und dieses Mahnmal gut gebrauchen.

(aus: Nachrichten & Standpunkte, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt, Nr. 25/1996. Zwischenüberschriften von der Redaktion eingefügt.)